

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Šaštílkova nám. 32.

Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öster-
reichischen Preisnachsch.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Abstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (1924).

4. Jahrgang.

Samstag, 11. September 1924.

Nr. 216.

Die „endgültige“ Lösung.

Das Gesetz über die Einlösung der Kriegsanleihe, das in ganz ungewöhnlicher Form im Titel als die „endgültige Regelung“ dieser Frage bezeichnet wird, ist gestern vom Abgeordnetenhaus mit den Stimmen der Koalitionsparteien gegen jene der deutschen Sozialdemokraten und der deutschbürgerlichen Parteien angenommen worden. Das Gesetz trägt alle Merkmale der tschechoslowakischen Koalitionsgeheimcherei, es ist ungerecht, engstirnig und erweckt den Eindruck, daß es sich seinen Verfertignern nicht um eine gerechte Lösung, sondern eben nur darum handelte, die ihnen lästig gewordene Frage mit einem Streich aus der Welt zu schaffen. Die Mehrheit zeigte sich anfangs unznachsiebig gegenüber aller Versuch der Opposition, das Gesetz zu verbessern und auch für sie annehmbar zu machen, doch im Budgetausschuß, in dem das Gesetz vorerst durchberaten wurde — soweit von einer „Beratung“ die Rede sein kann, da auf alle vorgebrachten Reden der Opposition auch nicht einer der Abgeordneten der Koalition das Wort ergriff —, wurden sämtliche Abänderungsanträge mit der mechanischen Fixigkeit der landesüblichen Abstimmungsmechanik glatt abgelehnt. Erst als das Gesetz schon im Hause zur Verhandlung stand, ließ sich die Mehrheit gnädigst herbei, sich indirekt durch den Abgeordneten Bradac von unserer Partei und von den Parteien der deutschen Arbeitsgemeinschaft einige dieser Anträge vorlegen zu lassen und eine Auswahl daraus zu treffen. Diese ausgewählten Anträge wurden bei der gestrigen Abstimmung angenommen und bedeuten immerhin eine Verbesserung der ursprünglichen Bestimmungen des Gesetzes, aber keine erste Fassung war derart schlecht und unzulänglich, daß es auch nach Annahme der wenigen Verbesserungsanträge unzulänglich und für die Opposition unannehmbar blieb. Der gestrige Freitag, der die Abstimmung über das Kriegsanleihegesetz brachte, wird für viele Menschen im Staate, die seinerzeit im Kriege ihre bescheidenen Ersparnisse in Kriegsanleihe anlegen mußten oder sich dabei verschuldeten, ein schwarzer sein.

Die deutschen Sozialdemokraten waren vor allem Anfang an für die volle Einlösung der Kriegsanleihe, bei den wirklichen Wohlhabenden allerdings mit einer ausgiebigen Besteuerung. Nur alberne Verleumdungssucht vermochte darin ein Entgegenkommen an die Kapitalisten und die kriegsbegeisterten österreichischen Patrioten zu sehen. Sie behielten dabei im Auge, daß die große Mehrzahl der Kriegsanleihezeichner nicht freiwillig, sondern durch den auf sie ausgeübten Druck sich zur Zeichnung der vielen Kriegsanleihen herbeiließen. Gäbe es eine Möglichkeit, festzustellen, wer aus Kriegsbegeisterung und um den Krieg zu verlängern, zeichnete, so hätte unsere Partei jeder Forderung der Einlösung der Kriegsanleihe schroffsten Widerstand entgegengelehrt. Aber diese Möglichkeit fehlt vollständig. Man hat es noch gut in Erinnerung, daß fast jeder Urlaub von der Front mit der übernommenen Verpflichtung zur Zeichnung der Kriegsanleihe bezahlt werden mußte. Auch im Hinterlande war ein ganzes raffiniertes System von Erpressungsmitteln am Werke, die einander folgenden Kriegsanleihen an den Mann zu bringen. Unter den Zeichnern, die ihre fargen Ersparnisse, täubt von der Reklametrommel der Kriegsanleiheagitation, hergaben, waren nicht wenige Arbeiter, Angestellte, Beamte, Gärtler, Kleinbauern und Kleingewerbetreibende, kurz, alles Leute, die niemand als „Besitzende“ ansprechen kann. Es fehlt aber auch, wie der Abgeordnete Genosse Hadenberg im Hause vorgestern ausführte, jede Möglichkeit des Nachweises, wieviel große und wieviel kleine Kriegsanleihezeichner vorhanden sind. Selbst das Finanzministerium, wiederholt darum befragt, vermochte dies nicht anzugeben. Die Annahme, daß es sich den zur Zeit Herrschenden im Staate um eine Befragung der

Annahme der Kriegsanleihevorglage.

Die Koalitionsparteien stimmen einzelnen Abänderungsanträgen der Opposition zu.

Prag, 12. September. Im Abgeordnetenhaus gab es heute einen sogenannten Tag „erster Ordnung“. Um zehn Uhr vormittags sollte die Sitzung beginnen; da sich die Koalitionsparteien jedoch noch nicht über ihr Vorgehen bei der Kriegsanleiheabstimmung geeinigt hatten, wurde der Sitzungsbogen auf 112 Uhr verschoben. Zum allgemeinen Erstaunen des Hauses meldete sich ein Koalitionsredner nach dem anderen zu Worte, obwohl in der Debatte an den vergangenen Tagen die Koalition keine Redner aufzuweisen hatte.

Sehr bald wußte man, was der Aufmarsch der Koalitionsredner auf der Parlamentartrühne zu bedeuten hatte: Innerhalb der Koalition war nämlich eine Einigung über die vom Ministerpräsidenten Suchba den deutschen Parteien zugesagten Abänderungsanträgen noch nicht erreicht. Außerdem beharrten die Legionärsabgeordneten darauf, überhaupt gegen das Gesetz zu stimmen und es brauchte langer Zeit, bevor die Koalition sie dazu bewegen, vor der Abstimmung den Saal zu verlassen. Zu ihnen gesellten sich die Nationaldemokraten, die nicht unparteiischer erscheinen wollten als die Legionäre. Eine Zeitlang schien die Situation sehr kritisch und es war fraglich, ob überhaupt zur Abstimmung geschritten werden wird. Als gegen ein Uhr Abgeordneter Späček die Rednertribüne des Parlamentes bestieg und erklärte, für die Kriegsanleihe stimmen zu müssen, mußte man sofort, daß sich alles wieder „zum Guten“ gewendet hat.

So wurde um zwei Uhr nachmittags zur Abstimmung geschritten, die eine Stunde lang währte. Bei der Abstimmung gab es einige interessante Vorkänge, mit denen wir uns im Sitzungsberichte befassen.

Während dieser Vorkänge im Saale verhandelte die Koalition auch über das Wehlgeseh. Das Ergebnis dieser Beratungen ist dahin zusammenzufassen, daß der Ernährungsanschluß vorderhand vertagt wird. Es ist also vorläufig mit dem Wehlgeseh nichts.

Die tschechischen Agrarier für das Kompromiß.

Medvecký (tsch. Agrarier) erklärte, daß die Honorierung der Kriegsanleihen ein Geldhinauswerfen wäre, wenn man die Kriegsanleihe nur vom Standpunkte der Vergangenheit beurteilen wollte, da die Slowaken und die Tschechen den Krieg nicht verschuldet hätten. Vom nationalen Standpunkt also wäre die Nicht-honorierung der

ehemaligen österreichischen Patrioten handelt, scheint nicht unbegründet zu sein. — aber war unter denen, die für die Kriegsanleihe werbend sich betätigten, nicht auch so mancher von denen, die heute im tschechoslowakischen Staate hohe Ehrenstellen einnehmen? Sie mögen zur Entschuldigung anführen, daß sie unter Zwang handelten — aber gilt dies nicht auch von den Opfern dieser Werbungen, die auf die ihnen gemachten Verheißungen hereinfielen oder dem auf sie ausgeübten Druck nachgaben? Nein, politische Gesichtspunkte hätten bei der Regelung dieser Frage nicht maßgebend sein dürfen, wenn es der Regierung darum zu tun gewesen wäre, nicht neue Verbitterung zu säen.

Unsere Partei ist ihrer Stellungnahme treu geblieben und hat ihre Kräfte eingelebt, wenigstens das größte Unrecht zu verhindern. Wenn doch einige der unerträglichsten Bestimmungen eine Milderung und Verbesserung erforderten, so ist dies zu einem nicht geringen Teile ihr Verdienst. Sie konnte die plumpe, gewissenlose Demagogie der Kommunisten nicht mitmachen, die auch diesmal, offenbar ohne die Vorgänge genau zu kennen, sich an Kraftworten berauschten, die wohl revolutionär und kapitalist feindlich klingen sollten, und jeder Einlösung der Kriegsanleihe schärfsten Kampf erklärten. Im Budgetausschuß hat der kommunistische Abgeordnete Puzník dröhnend verkündet, seine Partei würde im Plenum gegen die Kriegsanleihevorglage stimmen, und wer den

Kriegsanleihen vollständig gerechtfertigt. Wenn man jedoch die Kriegsanleihen von staatlichen Standpunkte aus betrachte, so muß man sie mit Rücksicht auf die Anleihezeichner und das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber dem Staate betrachten. Es müßte also bei der Lösung der Kriegsanleihefrage zu einem gewissen Kompromiß kommen und die Honorierung müßte in dem Sinne gelöst werden, daß die armen Kriegsanleihebesitzer eine Entschädigung erhalten. Die Einwendungen gegen die Honorierung der Kriegsanleihe kann man nicht gelten lassen, weil die Honorierung dieser Anleihe notwendig ist zur Befestigung des Vertrauens in die staatliche Verwaltung. Die Erschütterung des Vertrauens zum Staate hat auch andere wirtschaftliche Schäden im Gefolge, wie die Inflationierung von Geld, die Behebung von Einlagen aus den Geldinstituten und andere Erscheinungen, welche das normale wirtschaftliche Leben erschüttern.

Die Verlegenheitsredner.

Es sprachen Navrátil (tsch. Agrarier), Bergmann (tsch. Nat. Soz.), Molit (tsch. Agrarier), Adamovský (tsch. Agrarier), Ripar (tsch. Agrarier). Ihre Reden brachten nichts sonderliches Neues, die Koalition hatte sie nur zu dem Zweck, um Zeit zu gewinnen, in die Debatte entführt.

Ein gemäßigter Rede Späček's.

Späček (Nat. Dem.) erklärte im Namen seines Klubs sowie in eigenen Namen als Legionär für die Kriegsanleihe stimmen zu wollen. Sein Klub habe zwar seinerzeit gegen die vierte Staatsanleihe gestimmt, durch die der Anfang zur Honorierung der österr.-ung. Kriegsanleihe gemacht wurde, habe jedoch diesen Standpunkt geändert, da sich die Partei als Teil der Koalition ihrer Koalitionsverpflichtungen bewußt sei und daher die Mitverantwortung für die Annahme der von der Regierung beschlossenen Regelung der Kriegsanleihe mittragen wolle. Redner ist der Ansicht, daß die Legionäre befreit werden, daß es kein Vergehen gegen ihr Programm bedeutet, wenn auch sie für diese Vorgänge stimmen werden.

Späček erinnert an den Standpunkt des Präsidenten der Republik, der einer Deputation deutscher Bürger erklärte, daß er die Frage der Kriegsanleihe gerecht lösen wolle.

Es wäre vielleicht ein Akt der Loyalität, wenn die Deutschen bei der Abstimmung kundgeben

gestrigen Reichsberger „Vorwärts“ las, mußte glauben, die Kommunisten würden im Abgeordnetenhaus geradezu Gladiatorkämpfe gegen die Vorgänge aufzuführen. Da konnte man lesen, das Gesetz diene der Regierung nur dazu, sich eine „stärkere Mithilfe“ der Opposition bei ihrer Ausplünderungspolitik zu erkaufen, ein ordentlicher Denkfessel für die patriotischen Kriegsanleihezeichner wäre im Interesse der Erschwerung neuer Kriege „ganz gesund“, und das Gesetz wäre ein „feines Geschäft“, das die Regierung mit der Opposition mache. Die Kommunisten suchten also der Opposition in den Rücken und ließen es der Regierung und der Koalition zu erleichtern, gegenüber allen Verbesserungsbestrebungen unznachsiebig zu bleiben. Es schien also, die Kommunisten würden den erbarmungslossten Kampf gegen die Vorgänge führen, aber, siehe da, gestern waren während der ganzen Abstimmung über das Gesetz und alle Abänderungsanträge sämtliche Zeichen der „revolutionären“ Vortgewaltigen!

Die Koalition hat das Gesetz durchgedrückt und hat den gerechten Wünschen der Opposition nur zum geringsten Teile entsprochen. Sie hat damit bewiesen, daß sie zahlenmäßig stärker ist und hat aufs neue die Fähigkeit gezeigt, alle Bedenken und Vorstellungen in den Wind zu jagen. Eines hat sie nicht bewiesen: Vernunft!

würden, daß sie bereit sind, dafür, was ihnen gegeben wird, auch selbst zu stimmen.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wird zur

Abstimmung

geschritten. Zunächst erklärt Präsident Tomasek, daß der Modus der Abstimmung ziemlich kompliziert sei. Er legt in 15minütigen Ausführungen dar, wie er bei der Abstimmung vorgehen beabsichtigt. Darauf wird um 113 Uhr die Abstimmung selbst begonnen.

Die Ministerbank und die Bänke der deutschen Parteien sind stark besetzt. Die Bänke einiger Koalitionsparteien zeigen starke Lücken. Vor allem fehlen die vier Legionärsabgeordneten; bei den Nationaldemokraten fällt die Abwesenheit der Abgeordneten Kramar und Dylsch auf. Die Kommunisten fehlen ebenfalls, obwohl ihr Redner noch gestern erklärt hatte, daß sie gegen die Vorgänge stimmen würden. Zunächst wird der Antrag Štepek auf Übertragung der Tagesordnung von der Koalition abgelehnt, was zu verschiedenen Zurufen auf den Bänken der Deutschnationalen Anlaß gibt. Diese Zurufe wiederholen sich während der folgenden Abstimmung einigemal, worauf Präsident Tomasek erklärt, bei der Kompliziertheit der Abstimmung im Plenum keine Dispositionen treffen zu können; wenn nicht Ruhe eintrete, würde er die Abstimmung verschließen. Die Deutschnationalen sind sofort still. In der rechten Ecke des Saales kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen den Gewerbetreibenden und den Nationaldemokraten. Auf eine energische Ermahnung Tomasek's tritt auch hier Ruhe ein.

Es wird über die einzelnen Paragraphen abgestimmt. Bei denjenigen Paragraphen, bei welchen keine Abänderungsanträge vorliegen, erheben sich die Koalitierten. Die deutschen Abgeordneten stimmen nur für die von ihnen eingebrachten Abänderungsanträge. Für eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen stimmt außer den Deutschen auch die Koalition, so daß diese einstimmig zur Annahme gelangen. Der erste so angenommene Abänderungsantrag ist ein Antrag unseres Genossen Taub. Nach drei Uhr nachmittag ist die Abstimmung beendet und die Sitzung wird geschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr vormittags, auf der Tagesordnung befindet sich bereits die Sozialversicherung.

Die Abänderungen des Kriegsanleihegesetzes.

Wir haben bereits gestern die von der Regierung akzeptierten Abänderungen des Kriegsanleihegesetzes mitgeteilt und geben sie arbei wie folgt wieder:

§ 1-3 wurden in der Fassung des Ausschlußberichtes angenommen.

Im § 4 wurde auf Antrag des Genossen Taub eine Änderung angenommen, dahingehend, daß die Kriegsanleihen in das Vermögen mit 30 Prozent (früher 40 Prozent) des Nominalwertes eingerechnet werden.

Im § 5 wurde auf Antrag des Genossen Taub die Höchstsumme der Kriegsanleihe, die man besitzen darf, um den Anspruch auf Entschädigungsschuldverschreibungen zu haben, von 100.000 auf 125.000 K erhöht.

Im § 6 wurde auf Antrag Štepek die Zahl 100.000 ebenfalls auf 125.000 K erhöht.

§ 7-12 wurden unverändert angenommen. § 13 wurde auf Antrag Taub und auf Antrag Štepek im folgenden Wortlaut angenommen: Für Kriegsanleihen werden dreiprozentige verlosbare Schuldverschreibungen ausgegeben werden, und zwar für je 100 K Nominalwert der Kriegsanleihe 75 K Nominalwert der Entschädigungsschuldverschreibungen. Diese Schuldverschreibungen werden innerhalb 90 Jahren, und zwar vom 1. April 1935 bis zum Jahre 2024 unbeschadet des Rechtes des Staates auf die Konversion verlost werden. Die Zinsen sind von der Rentensteuer befreit. Die Verzinsung dieser Schuldverschreibungen beginnt am 1. Juli 1924.

Bei der Auszahlung von Zinsen, welche nach der Ausgabe der Schuldverschreibungen mit Auswogen beginnt, werden Bruchteile von Hüllern nicht beachtet.

Wer bis zur Wirksamkeit dieses Gesetzes IV. Staatsanleihe gezeichnet hat und nachweist, daß

er, wenn er nicht IV. Staatsanleihe gezeichnet hätte, nun Anspruch auf den Umtausch seiner Kriegsanleihe nach diesem Gesetze hätte, erhält über Ansuchen, das innerhalb einer durch Verordnung zu bestimmenden Frist zu überreichen ist, für dreieinhalbprozentige Schuldverschreibungen auf Grund der Zeichnung der IV. Staatsanleihe, welche ihm ausgestellt wurde, dreiprozentige Schuldverschreibungen nach diesem Paragraphen.

Im § 14 werden die privilegierten Lombardschuldner, welche auf die Dauer eines Jahres gegen Kündigung und Zinsfußverhöhung geschützt waren, diesen Schutz nunmehr auf Antrag Laub und Antrag Koppel durch zwei Jahre genießen.

§ 15. Den Vorteil daß sich der Lombardschuldner seiner Lombardschulden entledigen kann, werden nach der Verbesserung jene Personen mit einem 30.000 K nicht übersteigendem Jahreseinkommen genießen, deren Kriegsanleihebestitz höchstens 30.000 K (früher 20.000 K) beträgt. Die Voraussetzung für die Abschreibung der Zinsen und Nebengebühren ist jetzt ein Kriegsanleihebestitz von höchstens 15.000 (früher 10.000 K (Antrag Laub)).

§ 16—25 unbenutzt angenommen.

§ 26. Während bisher nur privilegierten Zeichnern die Frist zur Zeichnung der IV. Staatsanleihe über den 31. Dezember 1924 hinaus verlängert werden konnte, wird dies nunmehr auch in berücksichtigungswürdigen Fällen bei anderen Zeichnern, allerdings höchstens um ein halbes Jahr zulässig sein.

§ 27. Die Ermächtigung des Finanzministers, den Landesgeldinstituten den zur Ermöglichung der Zeichnung der IV. Staatsanleihe bewilligten Kredit zu gewähren, wird nach den Verbesserungsanträgen den Zeichnern zugute kommen können, die bis 150.000 K Kriegsanleihe besitzen (früher 125.000 K).

Sowohl die im § 26 als auch die im § 27 erzielte Aenderung kam auf Grund von Abänderungsanträgen des Genossen Laub und des Abgeordneten Koppel zustande.

Der Schluß der Vorlage wurde unbenutzt angenommen, nur im § 31 wurden einige Mildebrungen der Strafbestimmungen auf Antrag Koppel erzielt.

Inland.

Der Handelsvertrag mit Italien genehmigt.

Der Ausschuss des Abgeordnetenhauses genehmigte in seiner heutigen Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Römer die Handelsverträge mit Italien und Island. Als einziger Debattierender sprach Gen. Dr. Politischer zum italienischen Vertrag. Er erhob schärfste Anklage gegen die Koalitionsregierung, weil sie durch die monatliche Nichterledigung dieses Vertrages die Industrie des Staates und damit dessen Interessen selbst schwer geschädigt habe. Da nach Italien im letzten Jahr um 591 Millionen Kronen Waren ausgeführt und von dort um 347 Millionen Kronen eingeführt wurden, gehört dieser Staat zu den für uns bedeutungsvollsten Vertragsteilen. Infolge der schon im Mai in Aussicht genommenen Ratifizierung des Handelsvertrages wurden Bestellungen aufgegeben, die aber annulliert wurden, als sich die Genehmigung des Vertrages bis jetzt verzögerte. Er wurde nur infolge der Expressepolitik einer gewissen Partei zurückgestellt. Als Arzt begrüßt es Gen. Dr. Politischer, daß sich der Preis der Südräucher infolge der Herabsetzung der Zölle von 4 K 60 h auf 60 h pro Kilo verbilligt, weil besonders die Drangen in der Volksernährung eine große Rolle spielen sollen. Redner fragte die Ver-

treter des Ministeriums des Innern, ob die Verlaufsbeschwerden im Triester Hafen schon beseitigt sind und wandte sich gegen die noch immer bestehenden Paß- und Visumschwierigkeiten, die anderswo, z. B. in der Schweiz, im Verkehr mit vielen Staaten schon beseitigt sind. Ein Vertreter des Ministeriums erklärte, an der Beseitigung der Schwierigkeit in dieser Sache werde gearbeitet. Ueber die Paßangelegenheit hüllte er sich in Schweigen. Die beiden Handelsverträge wurden unbenutzt angenommen.

Unter Brüdern. Seit die Nationalsozialisten den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht vertagt haben, ist der Kampf zwischen ihnen und den Unruhmännern um Lodman und Schöllich immer erbitterter geworden. Sie sehen auch ein, daß die Sozialdemokratie durchaus nicht, wie sie gehofft hatten, abstirbt, sondern neu aufblüht und daß sie das Erbe zu früh geteilt haben. Die Fortschritte des einen gehen jetzt auf Kosten des anderen und Lodman und Anrich kaufen um die Stimmen der deutschen Arbeiter wie der Teufel um eine arme Seele. Für die Heftigkeit des Kampfes zeugt der folgende Bericht, den sich der „Tag“ aus Krummhorn schreiben ließ und den er in großer Aufmachung bringt:

Während sich viele Deutsche ehrlich bemühen, im Kampf gegen die Tschechisierung zu retten, was zu retten ist, gibt es, — man möchte es kaum glauben — eine Sorte von Leuten, die das Maul stets mit großen Redensarten gestopft haben, aber bei der ersten besten Gelegenheit schmächtig umfallen und versagen. Wir berichten heute über einen Fall, der sich zwar vor geraumer Zeit ereignete, den wir aber aus Sicht der Deutlichkeit ziehen müssen, um seine Urheber mit dem gebührenden Stempel zu brandmarken. In Böhmisch-Krummhorn haben bei der Abstimmung über die Anbringung doppeltsprachiger Tafeln für die Anbringung deutsch-tschechischer Tafeln gestimmt: die deutsche Wahlgenossenschaft (das ist Deutsche Nationalpartei, christlichsozialistische Partei, Deutschdemokraten, Bund der Landwirte und Gewerbetreibenden); mit ihnen natürlich die tschechischen bürgerlichen vereinigten Parteien und die tschechischen Sozialdemokraten. Dagegen stimmten die deutschen Nationalsozialisten, die Kommunisten und die deutschen Sozialdemokraten, blieben aber mit 15 Stimmen in der Minderheit.

Es erübrigt sich, weiter darüber zu sprechen. Die berühmte „deutsche Hartnäckigkeit“ hat wieder einmal glänzende Triumphe gefeiert. Die Tschechen werden hoffentlich dieser deutschen Wahlgenossenschaft ein Bankett veranstalten. Dabei kann dann ein Abgeordneter der Nationalpartei über das Selbstbestimmungsrecht reden.

Vor nicht allzulanger Zeit hat sich der „Tag“ in der Gesellschaft der Herrschaften, die er jetzt so scharf aburteilt, noch sehr wohl gefühlt. Und er soll der Welt nichts weiszumachen suchen: er wird sich in dieser Gesellschaft, die er jetzt so höhnt, bald doch wieder wohlfühlen und Arm in Arm mit ihr das deutsche Volk retten.

Die kommunistischen Verleumder auf dem Rückzug. Während des letzten Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet haben die koalitierten Bergarbeiterverbände die Parole ausgegeben: „Keine Vermehrung der Ausfuhr“. Darum wurden ihre Führer Verräter, Streikbrecher und vieles andere mehr täglich beschimpft, obwohl die kommunistischen Bergarbeiter die Parole der koalitierten Verbände dadurch guthießen — daß sie sie einhielten. Die Genossen Bohl, Brozik und Draxl, die in der kommunistischen Presse wiederholt persönlich auf das schwerste beschuldigt wurden, klagten nun das „Rude Pravo“, um den Kommunisten Gelegenheit zu geben, ihre Beschuldigungen zu beweisen. Statt dies zu tun, kniff die Redaktion der Beweisführung aus, leistete öffentlich Abbitte und bezahlte die mehr-

als 1500 K betragenden Projektkosten. Ueberdies veröffentlichte das „Rude Pravo“ vom 4. September 1924 folgende Erklärung:

„Anlässlich des deutschen Bergarbeiterkampfes, brachten wir am 24., 25. und 27. Mai l. J. im „Rude Pravo“ Anrufe an die Arbeiter, in welchen wir anführten, daß A. Brozik, B. Draxl und W. Bohl als führende Funktionäre der Bergarbeiterorganisationen in der Tschechoslowakischen Republik sich streikbrecherisch und provokatorisch dadurch benommen haben, daß sie als Führer der isolierten Verbände zu der Ausfuhr einer großen Anzahl von Waggons Kohle während des deutschen Bergarbeiterstreiks nach Deutschland ihre Zustimmung gaben, damit diesem Kampf Abbruch getan und schließlich menschlerisch handelten.

Mit Rücksicht der von den oben genannten Herren überreichten Klage erklären wir, daß die oben angeführte Beschuldigung unbegründet ist, daß wir die Kläger keiner unehrenhaften Handlung beschuldigen wollten und widerrufen die von uns gebrachten erwähnten Äußerungen.

Die Redaktion.

Daran kann man erkennen, wie leichtfertig die Kommunisten der persönlichen Ehre eines Gewerkschaftsvertrauensmannes nahetreten und wie feige sie davonlaufen, wenn sie vor Gericht ihre Behauptungen beweisen sollen.

Kramar rühmt sich, die Sozialversicherung verschlechtert zu haben. Der „Socialista“, das Organ der tschechischen unabhängigen Sozialisten druckt heute einen Brief ab, dessen Original sich im Besitz der Redaktion befindet und die Unterschriften des Dr. Kramar und eines anderen Nationaldemokraten trägt. Der Brief ist ein Herbeschreiben an die Fabrikanten und bittet diese um Spenden für die nationaldemokratische Partei unter Hinweis auf deren Verdienste. Es sei den Nationaldemokraten gelungen, den für die Sozialversicherung ausgegebenen Betrag herabzudrücken. Nur wenn die Unternehmer die bürgerlichen Parteien mit Geld unterstützen, sei es möglich, derartige „Erfolge“ zu erzielen. Der „Socialista“ bemerkt zu dem Brief: „Wir leben tatsächlich unter einer Regierung der Bourgeoisie und die Regierungssozialisten machen nur den Vorwand in dieser Arbeit für den internationalen Kapitalismus.“

Ausland.

Der Vormarsch der dänischen Sozialdemokratie. Die großen Erfolge der dänischen Sozialdemokratie, die bekanntlich seit einem halben Jahre eine Arbeiterregierung bilden und zu durchgreifenden Reformen in Dänemark schreiten, zeigt sich auch in den Erfolgen, die unsere Genossen in den Gemeinderäten erringen. Von 75 dänischen Städten haben 26, das ist also ein gutes Drittel sozialdemokratische Bürgermeister und von den fünf Bürgermeistern der Hauptstadt Kopenhagen sind drei Sozialdemokraten. Welchen Einfluß die Sozialdemokraten auf die öffentliche Meinung gewonnen haben, zeigt aber auch der Umstand, daß sie es wagen konnten, trotz der nationalistischen Leidenenschaften, die in Dänemark immer sehr stark waren und sich gegen Deutschland richteten, eine internationale deutsch-dänische Schulkonferenz einzuberufen, die sich mit einer Lösung der im Schulwesen strittigen Fragen beschäftigte und die Konflikte zwischen Deutschen und Dänen in Schleswig durch gegenseitige Vereinbarungen aus der Welt schaffen soll. So arbeitet die dänische Sozialdemokratie in der inneren und äußeren Politik für die Verwirklichung der sozialistischen Grundzüge.

Der Aufstand in Georgien.

Von Th. Dan.

Im Mai 1920 erfolgte seitens der Sowjetregierung die Anerkennung der demokratischen Republik Georgien, an deren Spitze die sozialistische Regierung Jordania stand. Aber bereits im Februar 1921 besetzte das russische Militär Georgien und proklamierte seine Angliederung an die Sowjetrepublik. Der Versuch, diese Angliederung als einen Akt der freien Selbstbestimmung der „arbeitenden“ Bevölkerung darzustellen, mißlang. Die in der Folge veröffentlichten Dokumente, wie z. B. der Bericht Philipp Macharadse, der von den Bolschewisten an die Spitze der neuen georgischen Republik gestellt wurde, lassen keinen Zweifel übrig, daß in Wirklichkeit nicht nur kein „Volksaufstand“ stattgefunden hatte, der von der Sowjetregierung angebahnt wurde, sondern, daß vielmehr der Einmarsch der roten Armee in Georgien selbst für die wenig zahlreichen georgischen Kommunisten völlig unerwartet gekommen war. Und auf der Berliner Konferenz der drei Internationalen im April 1922 erklärte Kandel mit zynischer Offenheit, daß die militärische Besetzung Georgiens durch den Wunsch hervorgerufen wurde, freien Zutritt zu den Naphtha-Quellen in Baku zu gewinnen. In der Tat, ein ganz eigenartiger Naphtha-Kommunismus!

Während die Bolschewisten die Tatsache der militärischen Okkupation zugeben, behaupteten sie trotzdem beharrlich, daß die georgischen Arbeiter und Bauern sich unter dem neuen Regime glücklich fühlten. Aber auch diese Lüge wurde von den Bolschewisten selbst aufgedeckt. Sie sahen sich gezwungen, die von ihnen ernannte Regierung, an deren Spitze anfangs georgische Kommunisten standen, wegen ihrer „Abweichung von der gerade bolschewistischen Linie“ davonzuweisen und sie durch Kreaturen des Moskauer Kremls zu ersetzen. Aus dem vom „Sozialistischen Boten“ veröffentlichten geheimen Briefwechsel Lenin's ist es allgemein bekannt, daß sogar das Haupt der Sowjetregierung über die Russifizierungspolitik empört war, die Derschinski und Stalin im Verein mit den Vertretern des „roten“ Militarismus in Georgien betrieben.

Diese Russifizierungspolitik fand keineswegs docim ihren Ausdruck, daß die georgische Sprache unterdrückt wurde. In dieser Beziehung zeigten die Bolschewisten vielmehr großes Entgegenkommen, um auf diese billige Art die Bevölkerung zu veranlassen, über die unendlich schwerere Form der nationalen Unterdrückung hinwegzusehen, die in der Unterordnung aller wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen Georgiens unter die Interessen der bolschewistischen Innen- und Außenpolitik bestand. Deshalb setzte in kurzer Zeit, trotz Beibehaltung der georgischen Sprache in den Schulen, bei den Behörden und Gerichten, in Georgien ein daß gegen alle Russische ein. Infolge besonderer Bedingungen der historischen Entwicklung Georgiens, war hier vor der Revolution keine Spur eines solchen Hasses vorhanden, denn in seiner ständigen Angst vor der Türkei, neigte Georgien stets nach Rußland als seinem natürlichen Beschützer zu. In der ersten Revolutionsperiode traten die demokratischen und sozialistischen Vertreter Georgiens als die begeistertsten Anhänger der Idee der staatlichen Einheit mit Rußland auf. Selbst die Proklamierung der Unabhängigkeit Georgiens war für viele von ihnen nur eine unbedeutende zeitweilige Folge des Bestrebens, das Land von den zerstörenden bolschewistischen Experimenten zu bewahren, und ihm die Möglichkeit zu geben bis zur Wiederherstellung des demokratischen Regimes in Rußland durchzuhalten.

28 Der sibirische Expres.

Roman von Frank Keller.

Copyright by G. Müller, München.

„Genieren Sie sich nicht! Es sind drei ausländische Diplomaten, die in Tauszig wohnen.“

„Wie heißen sie?“

„Genieren Sie sich nur ja nicht! Sie heißen Monsieur Raymond, Mister David und Signor Dragio.“

„Das sind sehr diskrete Namen.“

„Allerdings, aber sie sind gezwungen, diskret zu sein. Sie sind Diplomaten. Wenn Sie versprechen, nicht unbeschreiben zu sein, sind Sie willkommen. Aber sagen Sie ihnen nicht, daß Sie ein Deutscher sind. Sie mögen die Deutschen nicht.“

„Sie sind ein Engel! Ich werde alles sein, nur kein Deutscher, ich werde ein Sibirier sein.“

„Aber wen soll ich vorstellen?“ sagte Frau Nadia. „Ihre Visitenkartenlosigkeit ist einmal genannt. Ich weiß nicht einmal, wie Sie heißen.“

Der blonde Spieler sah sie mit dem aufrichtigsten Kindergesicht an.

„Madame, ich bin allerdings kein Diplomat, aber es liegt ein Grund vor, weshalb auch ich inognito aufstrete. Wollen Sie Ihren Freunden Herrn Paul vorstellen?“

Sie musterte ihn nachdenklich. Wer war er? Was war er? Hatte der Ausländer im Kasino einen Grund für das Gebot, was er von ihm behauptet hatte? Sie jubelte die Achseln Was hatte es zu sagen, was er war? Menschen mit Visitenkarten sind so langweilig.

„Nennen Sie in fünf Minuten“, sagte sie. „Eine meiner Freundinnen hat Sie im Kasino bereits gesehen.“

III.

Während Frau Nadias Abwesenheit hatte sich die Stimmung am Souperisch gehoben. Signor Dragio's Haar sträubte sich, er rief zu allem Bravo und versuchte einen neapolitanischen Arm um Frau Brzeczinski zu schlingen. Mister David machte Fandertänstle mit Messer, Gabeln und Weingläsern und lächelte aus tausend Gräbchen der schönen Frau Esther zu. Monsieur Raymonds schweres Sokratesgesicht loderte flackernd; sein schütteres Haar befreite sich vom Zwang der Pomade; er taunte Brotstreifen in die Saucen, als sie wie man Spargel ist und trällerte mit einer Stimme, die allmählich anstieg:

C'est un idylle!
C'est un idylle dans le gont
De Theocrite et de Virgile!

Das Wiedererscheinen der Hausfrau wurde nur von Monsieur Raymond bemerkt. Er legte ihr mit einem neuen Lied sein Herz zu Füßen:

Evoe! que les deesses
Pour enjoler les garçons.
Evoe! que ces princesses
Ont de droles de facons!

In diesem Augenblick meldete man einen Herrn Paul. Der Neuanfömling überzog die Gesellschaft und den silberblitzenden Tisch mit einem strahlenden, neugierigen Blick. Die Gäste erwiderten seinen Gruß kaum; sie waren mit sich selbst beschäftigt. Monsieur Raymond warf ihm einen gleichgültigen Blick zu, aber als er einen schlanken, blonden jungen Mann vor sich sah, verstummte sein Gesang plötzlich.

„Wer ist denn das? Ihr Deutscher, Madame?“

Frau Nadia wollte eben antworten, aber der neuangelaute Gast kam ihr zuvor. Er ging gerade auf Monsieur Raymond zu, und ohne sich zu verbiegen, sagte er in wütendem Ton:

„Mein Herr, wählen Sie Ihre Worte! Sie kommen aus Frankreich, ich komme aus Sibirien und Nowaja-Semlja, aber dieser Umstand gibt nicht das Recht, Beleidigungen auszusprechen!“

Monsieur Raymond erhob sich mit offenen Armen.

„Ah, Sibirien! Das ist etwas anderes! Es lebe das tapfere Sibirien, dessen Söhne keinen Augenblick gezögert haben, ihr Blut für die Sache der Freiheit und Gerechtigkeit in die Wagchale zu werfen! Es lebe auch Nowaja-Semlja und seine tapferen Söhne! Ich bitte Sie um Entschuldigung, daß ich Sie einen Augenblick in Verdrach geholt habe, etwas anderes als ein Sibirier zu sein. Ich habe selbst im Jahre 1915 Ihre Landsleute bei Warschan kämpfen sehen, als es galt, das Land der edelsten Madame Nadia von den preußischen Eindringlingen zu befreien.“

Er küßte galant Frau Nadias Hand. Frau Nadia winkte dem neuen Gast, sich an ihre andere Seite zu setzen, und legte ihm kaltes Geflügel und Salat vor.

Sie waren mit in der Schlacht bei Warschau?“ sagte der Neuanfömling zu Monsieur Raymond. „Als Kampfgenosse meiner sibirischen Landsleute?“

„Was meinen Sie?“ sagte Monsieur Raymond und wischte sich Saucen aus dem Bart. „Meine Stellung fesselt mich an das diplomatische Korps.“

„Sie waren nur dabei, den Krieg hervorzurufen, nicht ihn zu führen?“

Monsieur Raymond legte die Gabel nieder. „Sie führen eine Sprache, die in einem sibirischen Munde unverständlich ist. Wissen Sie denn nicht, daß die deutsche Diplomatie den Weltkrieg hervorgerufen hat? Ich habe nur die Ehre, den Frieden geschlossen zu haben.“

„Den Frieden!“ rief der neue Gast lebhaft. „Die haben mitgewirkt, den Frieden zu schaffen. Ich könnte keine glücklichere Begegnung haben.“

Ich weiß nichts vom Frieden. Die sibirischen Zeitungen sind entsetzt. Ihre Neuigkeiten erinnern an jene fünftausendjährigen Mammuthiere, die man in Sibiriens Erde eingefroren findet. Ja! Ich habe vom Krieg gehört, aber erzählen Sie mir ein wenig vom Frieden!“

Monsieur Raymond schenkte sich ein Glas Romance ein.

„Es ist unartig, in Damengesellschaft über Politik zu sprechen, aber ich weiß, daß diese here Madame Nadia nicht so ist wie andere Damen. Frau Nadia liebt die Politik.“ Er trank das Glas aus und sah so nicht, wie Frau Nadia die seine Nase rümpfte. „Der Friede, mein transsuralischer Freund, hätte vielleicht besser werden können, wenn der Zahnarzt nicht gewesen wäre.“

„Der Zahnarzt?“

„Der Präsident von Amerika. Wir Diplomaten nennen ihn so. Aber wie er nun ist, ist er der beste Friede, der je geschlossen wurde. Er ruht ausschließlich auf den Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit, für die die Völker ihr Blut vergossen haben. Folan sind Militarismus, Unterdrückung und Uebergriffe in Europa unmöglich.“

„Ich habe es gehört, aber sagen Sie mir: wie konnte man ein solches Resultat erreichen?“

„Ah, das war ganz leicht. Vor allem einmal, indem man abrüstete. Deutschland ist entwaffnet.“

„Nur Deutschland? Die anderen Länder nicht?“

„Doch, die mit Deutschland zusammen gekämpft haben. Die anderen natürlich nicht, so lange mitten in Europa Deutsche existieren. Durch diese Entwaffnung ist der Militarismus für alle Zukunft ausgerottet. Zweitens hat man die Verantwortung für den Krieg festgestellt! Deutschland hat feierlich eingestanden, die ganze Verantwortung für den Krieg zu haben, und sich für alle Zukunft für chlos erklärt.“

(Fortsetzung folgt.)

Eisenbahnkatastrophe bei Böhmischem-Leipa.

Ein Lastzug auf eine Berichubgarnitur aufgefahren. — Drei Tote, zwei Schwerverletzte.

Böhm.-Leipa, 12. September. (Eigenbericht.) Heute früh gegen 5 Uhr ereignete sich knapp bei der Einfahrt des hiesigen Bahnhofes auf der Strecke Badoiw — Leipa ein schweres Eisenbahnunglück, dem leider drei Menschenleben zum Opfer fielen. Der um diese Zeit in Leipa fällige Lastzug fuhr mit großer Wucht auf eine Berichubgarnitur auf, wobei die beiden Maschinen schwer beschädigt und mehrere Waggons vollständig zertrümmert wurden. Der Zusammenstoß war so heftig, daß die Waggons mehrfach übereinander geschoben wurden und das Geleis vollständig verlegt wurde. Von dem Personal des Lastzuges waren der Zugführer **Hann Erichlag** und ein Bremser sofort tot, der Heizer starb nach seiner Ueberführung in

das **Leipaer Krankenhaus**. Zwei weitere Personen vom Begleitpersonal des Lastzuges wurden in schwerverletztem Zustand in das Krankenhaus überführt. Von dem Personal der Berichubgarnitur wurde glücklicherweise niemand verletzt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Obwohl die Ursache des Zugzusammenstoßes erst durch die Untersuchung wird geklärt werden müssen, läßt sich schon jetzt sagen, daß die Mannschaften der Leipaer Bahnanlagen an dem Unglück mit Schuld trägt. Jeder Reisende weiß, daß der kleine Bahnhof ständig die Gefahr von Unglücksfällen in sich birgt. Eine Vergrößerung wurde schon oft verlangt, konnte aber leider noch nicht durchgeführt werden.

Ein Opfer des Matteotti-Mordes.

Ein faschistischer Abgeordneter geißelt.

Rom, 12. September. (Telef.) Heute morgen gab der Arbeiter **Johann Corvi** vier Revolverkugeln auf den faschistischen Abgeordneten und Vizepräsidenten der faschistischen Verbände **Arnando Casolini** ab. Dieser erlitt ernste Verletzungen am Kopfe und starb nach der Ueberführung ins Krankenhaus. Der Angreifer wurde verhaftet. Er erklärte, er sei Kommunist und er habe den ermordeten sozialistischen Abgeordneten **Matteotti**, dessen Photographie er in der Tasche trug, rächen wollen.

Casolini sah mit seiner 14jährigen Tochter im Innern des Straßenbahnwagens. Pöbellich zog der Attentäter einen Revolver und gab zwei Schüsse auf ihn ab. Dies geschah so rasch, daß niemand den Arbeiter an seinem Vorhaben zu hindern vermochte. **Casolini** wurde am Kopf getroffen und brach sofort zusammen. Der Täter zeigte sich sehr zufrieden, als er sah, daß sein Opfer tot war. Er stieg rasch aus dem Wagen und suchte zu flüchten, wobei er von einem Offizier der Gendarmrie und Polizisten verfolgt wurde. **Corvi** feuerte mehrere Schüsse auf seine Verfolger ab, die das Feuer erwiderten. Verwundet wurde dabei niemand. Bei einer Zellstrafe wurde der Täter angehalten und entwaffnet.

Das Sekretariat des Verbandes der faschistischen Syndikate hat einen Aufruf erlassen, in dem es das Verbrechen verurteilt und zur Ruhe mahlt. Das Komitee des Kartells der Opposition publiziert seinerseits ein Kommuniqué, in welchem es das Opfer des Hasses beklagt und hofft, daß dies das letzte blutige Opfer des Kampfes gewesen sei. Die Leitung der faschistischen Partei hat allen Sektionen Befehl erteilt, daß sie sich einsehen, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Dennoch ist in der Hauptstadt die Agitation tätig am Werke.

Der Metallarbeiterstreik in Wien.

Die Verhandlungen auf Montag verfaßt.

Wien, 12. September. (Eigenbericht.) Die Gewerkschaftsdisziplin und Besonnenheit der Streikenden gab auch dem zweiten Streiktag das Gepräge. In Bezirks- und Bezirksgruppenversammlungen kamen die Streikenden zusammen. Wer einen Blick in eine solche Versammlung werfen konnte, mußte den hohen sittlichen Geist feststellen, der die Streikenden besetzte. Die Metallarbeiter sind sich der Tragweite ihrer Beschlüsse bewußt und haben daher auch keine Ursache, nervös zu werden. Mit Entschiedenheit weisen sie die Versuche der Kommunisten zurück, die sie und da versuchen, die Streikenden zu radikalisieren. Die vielen Versammlungen, die auch gestern wiederum abgehalten wurden, beschloßen in voller Einmütigkeit, wieder nur den Weisungen der Zentralstreikleitung Folge zu leisten.

In der Provinz außerhalb des Wiener Organisationsbezirk, welcher weiter geht als die Stadt Wien, halten die Metallarbeiter festlich und Versammlungen ab, aber sie bestehen, daß sie vorläufig in Arbeit bleiben, bis von der Zentralstreikleitung die Aufforderung kommt, auch am Streik teilzunehmen. Die Besprechungen mit den Unternehmern haben heute stattgefunden, aber sie haben noch zu keinem Resultat geführt. Sie werden aber Montag vormittag fortgesetzt.

Die Franzosen verlassen das Ruhrgebiet.

Berlin, 12. September. (Eigenbericht.) Der Abmarsch der Truppen von der Ruhr ist in vollem Gange. Heute ist der Landkreis **Bochum** und **Gelsenkirchen** von französischen Truppen geräumt worden. Die beschlagnahmten Wohnungen, Schulen usw. wurden entgültig freigegeben. Ueberhaupt sind, soweit die vorliegenden Meldungen eine Uebersicht gestatten, von dem neubesetzten Gebiet seit der Londoner Konferenz etwa 48 Prozent geräumt worden. Boden und Dessen sind von französischen und belgischen Truppen vollständig frei, so daß sich das Einbruchgebiet nur noch auf preussisches Territorium erstreckt. Lediglich in den größeren Städten dürfen noch einige Truppenteile liegen bleiben. Die Liquidierung der Regie sieht ebenfalls unmittelbar bevor.

Der Internationale Buchdrucker-Kongreß.

Hamburg, 12. September. (Wolff.) Der Internationale Buchdrucker-Kongreß nahm einstimmig eine Entschlieung an, in der erklärt wird, daß der Achtstundentag die normale Entwicklung der Produktion nicht hindere und daß das Argument: eine Verlängerung der Arbeitszeit sei notwendig, um gegen die ausländische Konkurrenz aufkommen zu können, nicht stichhaltig sei, weil die Verlängerung der Arbeitszeit in einem Lande sofort auch eine Verlängerung in anderen Staaten nach sich ziehen würde. Deshalb beschließt der Kongreß, den Verbänden eindringlich zu empfehlen, alles zu tun, um den Achtstundentag aufrecht zu erhalten und jedem dafür im Kampfe stehenden Verbande weitestgehende moralische und materielle Unterstützung zu gewähren. Von den Regierungen aller Länder werde die baldige Ratifizierung des Washingtoner Abkommens erwartet. Die Arbeitervertreter in den Parlamenten und bei den Behörden würden aufgefordert, für eine schnelle Erledigung der Ratifizierung einzutreten.

Deutschlands Abneigung gegen den Völkerbund.

Berlin, 12. September. (Eigenbericht.) Die Regierung bemüht sich jetzt, den Eindrud hervorzuheben, als ob über die Ratifizierung der Kriegsschuldenerklärung an die Alliierten schon vor London Einmütigkeit im Kabinett geherrscht habe. In London habe infolge „Arbeitsüberlastung“ die Möglichkeit gefehlt, die Sache zur Sprache zu bringen; von einem Trud durch die Deutschnationalen könne aber keine Rede sein. Die Frage des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund dürfe nicht parteipolitisch, sondern müsse als eine Zweckmäßigkeitsfrage behandelt werden. Wenn im übrigen die Entente ein starkes Interesse am Eintritt Deutschlands habe, dann hätte sie doch genügend Gelegenheit gehabt, durch ihre Botschafter die deutsche Regierung das wissen zu lassen. Allein bis zur Stunde liege in diesem Punkte nur eine einzige diplomatische Erklärung vor und die laute, es gebe noch günstigere Augenblicke für den Eintritt als den gegenwärtigen. Von einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund könne erst dann die Rede sein, wenn die entsprechenden Verhältnisse vorhanden seien. Man dürfe nicht vergessen, daß die Statuten des Völkerbundes Statuten der Sieger seien.

Ein Aufsch in Lissabon.

Lissabon, 12. September. (Savas.) Mehrere Zivilisten (?) und Soldaten der radikalen Partei verhielten eine neue Revolution zu entfachen. Sie haben das Kriegsministerium und die Telegraphenstation gestürmt. Der Aufsch scheiterte und die Angreifer wurden verhaftet. Die Ordnung ist wieder hergestellt.

Die Maßregelung von Troppan.

Die Abgeordneten **Genossen Joll, Heeger, Dr. Haas** und **Genossen** haben an den Minister für Inneres eine Interpellation betreffend die Maßregelung der autonomen Stadt Troppan durch Abnahme der Agenden des Magistrates gerichtet, in der es heißt:

Die politische Landesverwaltung für Schlesien hat die Auflösung des Magistrates der Stadt Troppan verfügt. Diese Maßregelung ist ein ganz beispielloser Gewaltakt, für den auch nicht ein stichhaltiger Grund angeführt werden kann. Die von der politischen Landesverwaltung angeführten Scheinargumente lauten:

„In besonders auffälliger Weise hat das Bürgermeistertum seine ungünstige Stimmung dem Staatsgedanken gegenüber bei Gelegenheit des Besuches des Herrn Präsidenten der Republik in Troppan in den Tagen vom 24. bis 25. Juni 1924 bekundet. Bei dieser Gelegenheit war weder das Rathaus, noch die der Gemeinde gehörenden Gebäude, Anstalten u. dgl. mit der Staatsflagge geschmückt. So die Gemeinde hat sogar die Herausgabe einer Staatsflagge an eine staatliche Anstalt, welche in einem ihr gehörenden Gebäude untergebracht ist, verweigert, wie dies der Fall des Direktors der deutschen Staatsrealschule in Troppan bezeugt, welcher beim Stadttamt zweimal um die Herausgabe einer Staatsflagge für die Schmückung des Schulgebäudes angefragt hat, jedoch nur eine Fahne in den Stadtsarben

erhielt. Diese Handlungsweise, wie auch der Umstand, daß die Vertreter der Mehrheit der deutschen politischen Parteien in der Troppaner Stadtvertretung ihre Teilnahme an der Begrüßung des Herrn Präsidenten der Republik abgelehnt haben, hat eine berechtigende, bedeutende Aufregung und Verbitterung der tschechischen Bevölkerung in Schlesien und auch außerhalb Schlesiens hervorgerufen.

Dem Bürgermeistertum können in seinem übertragenen Wirkungsbereich auch manche sprachliche Verschlingungen vorgehalten werden. Die öffentlichen Rundmachungen, welche vom Magistrat erlassen werden, sind oft deutsch-tschechisch, haben daher den tschechischen Text an zweiter Stelle, was nicht der Bedeutung der Staatsprache und der Bestimmungen des § 1 und 2 des Sprachengesetzes entspricht. Als Beweis hierfür wird die diesjährige Stellungsplanung vom 20. Feber 1924, J. 612 D, angeführt. Die Stellungslisten der Wehrpflichtigen des Jahrganges 1902 werden auch jetzt noch lediglich deutsch geführt, der Jahrgang 1903 deutsch-tschechisch, und nur der Jahrgang 1904 wird tschechisch geführt. Die Auszüge aus den Stellungslisten für den inneren Gebrauch oder für andere staatliche Ämter werden tschechisch-deutsch aufstatt nur tschechisch verfaßt. In diesem Bezug werden — oder wurden noch vor einigen Monaten — deutsch-tschechische Druckorten gebraucht. Der Magistrat korrespondiert mit dem Ergänzungsbezirkskommando in Troppan tschechisch-deutsch, aufstatt tschechisch, worüber dieses Ergänzungsbezirkskommando im Weg des Ministeriums für Nationalverteidigung Beschwerde führt. Das Bürgermeistertum hat deutsch-tschechisch: Sinaupizilien im Gebrauch (z. B. Bürgermeistertum Troppan als politische Behörde; erster Instanz und darunter **Burmistrorostky** und **Opave** **Jako** **pol.** **nrab** **prvni** **stoliec**), es gibt daher auch in diesem Wirkungsbereich der deutschen Sprache vor der tschechischen den Vortzug. Die Erhebungsprotokolle im übertragenen Wirkungsbereich (z. B. in punkto Ferienen) sind nur deutsch, auch wenn es sich um die Einvernahme einer deutschen Partei handelt, sondern um eine amtliche Feststellung. Als Beispiel und Beweis hierfür: das Erhebungsprotokoll vom 18. Feber 1924 betreffend die Feststellung der Tollwut des der **Amalia Wittich** gehörigen Hundes.

Einige Beamte des Magistrates und selbst der Herr Bürgermeister der Stadt beherrschen die tschechische Sprache nur sehr unvollkommen und es wurden auch Beschwerden vorgebracht, daß einige Beamte, die tschechisch einigermaßen beherrschen, dem Gebrauch dieser Sprache in ihren Amtshandlungen ausweichen, so daß tschechische Parteien sich oftmals in ihrer Sprache beim Amt nicht verständigen können. Dieser Zustand entspricht weder der Bedeutung und Stellung der Staatsprache, noch den Vorschriften des § 1 des Sprachengesetzes vom 20. Feber 1920, Sammlung Nr. 122, da der Magistrat in seiner Tätigkeit als politische Behörde erster Instanz als ein Organ der Republik betrachtet werden muß.

Es kann auch darauf hingewiesen werden, daß der Magistrat, welchem das Verfahren und die Durchführung in bezug auf die Agende der Militärbequartierung (§ 20 des Militärbequartierungsgesetzes) obliegt, in ungenügender Weise für die Bequartierung von Militärpersonal gesorgt hat, da er ihnen nur eine minimale Anzahl von Wohnungen beschafft hat, trotzdem er wiederholt um wirkungsvollere Intervention bei Beschaffung von Wohnungen von den Militärbehörden und den Parteien ersucht wurde, und trotzdem schon im Jahre 1922 vom hiesigen Amt die Voraussetzung für die Tätigkeit im Sinne des § 25 des Militärbequartierungsgesetzes beschafft und das Bürgermeistertum auf die Pflicht, der Militärverwaltung Wohnungen zuzuwenden, nachdrücklich aufmerksam gemacht wurde.

Ähnliche Beschwerden wurden auch von Staatsbeamten und Bediensteten hinsichtlich der Zeit vorgebracht, während welcher die Gemeinde laut Regierungsverordnung vom 22. Jänner 1919, Zlg. Nr. 38 resp. des Gesetzes vom 20. Oktober 1919, Zlg. 592, die Möglichkeit hat, für Staatsbedienstete Wohnungen zu beschlagnahmen.

Auch bei der Volkszählung im Jahre 1921 hat das Bürgermeistertum keine genügende Objektivität bewiesen. Es wird z. B. auf die Fälle des **Erwin Jung** und **Franz Lemisch** hingewiesen, in welchen das Bürgermeistertum, trotzdem es vom hiesigen Amt auf die Sache wiederholt aufmerksam gemacht wurde, infolge seiner nachlässigen Führung des Strafverfahrens die Verjährung der Uebertretung herbeigeführt hat. In Troppan hat sogar der Gemeindebedienstete **Duskel** eine unerlaubte private Volkszählung durchgeführt, ohne daß das Bürgermeistertum dem irgendwie gewehrt hätte.

Selbst angenommen, daß diese „Anklagen“ der politischen Landesverwaltung der Wahrheit entsprechen, was nach den Feststellungen des Bürgermeistertums Troppan keineswegs der Fall ist, sind sie so kleinlicher Natur, daß die an der Bevölkerung verübte Maßregelung niemals gerechtfertigt werden kann. Denn nicht einzelne politische Parteien, auch nicht der Bürgermeister, sondern die gesamte Bevölkerung wurde durch diese Maßregelung schwer getroffen; ihr wurde ein Stück ihres ohnehin sehr karg bemessenen Selbstverwaltungsverichts genommen.

Die interpellierenden Genossen fragen daher den Minister, ob er geneigt ist, die Verfügung der politischen Landesverwaltung für Schlesien aufzuheben und den Magistrat der Stadt Troppan wieder einzusetzen.

Die militärische Besetzung Georgiens durch die bolschewistische Armee, veränderte die Sachlage vollkommen. Die Bolschewisten wurden mit den Russen im allgemeinen identifiziert. Daher das Anwachsen des Nationalismus, die Steigerung des Hasses gegen Rußland und — eine bisher in Georgien unerhörte Tatsache — die Neigung einiger demokratischer Kreise zur Türkei, als der letzten Zuflucht von dem bolschewistischen Gewaltsregime!

Auf diesem Boden ist nun der Aufstand in Georgien ausgebrochen. Die Bolschewisten bemüht sich, ihn als einen Aufstand der Adeligen, Gutsbesitzer und der Kaufleute darzustellen. Es genügt zur Widerlegung dieses Schwandels darauf hinzuweisen, daß der Aufstand ursprünglich im größten Arbeiterzentrum Georgiens, in **Tschaturich**, wo sich zöfische Manganzergruben befinden, ausbrach, und daß er nach seiner Ueberdrückung in den Städten sich auf dem flachen Lande ausbreitete.

Genau so lügenhaft sind die bolschewistischen Beschuldigungen gegen die zur illegalen Tätigkeit verurteilte sozialdemokratische Partei Georgiens, die als **Armederin** des Aufstandes bezeichnet wird. Die georgische Sozialdemokratie, für die die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Bauern nicht nur im unabhängigen Georgien, sondern schon unter dem Zarismus, bei den Dumawahlen, ihre Stimmen abgab, genügt noch jetzt im Lande das größte Ansehen. Aber während einer ganzen Reihe von Jahren war sie bestrebt, unter Einsetzung ihres ganzen Einflusses, die Massen, die den Aufstand schließlich erwarteten, von einem solchen Schritt zurück zu halten. Und wenn es wahr sein sollte, daß sie jetzt an dem Aufstand teilnahm und sich vielleicht sogar an seiner Spitze stellte, so würde dies nur beweisen, daß sie sich gezwungen sah, dem Trude der bis zur Verzweiflung geivenden Massen nachzugehen, die sie nicht ihrem Schicksal überlassen wollte.

Mit schwerem Herzen vernimmt jeder Sozialist die Kunde von dem Aufstand in Georgien, der diesem kleinen, heldenhaften Lande mit Verachtung und Untergang droht. Einige Ausichten auf Erfolg hätte der Aufstand nur in dem Falle gehabt, wenn er auch in anderen kaukasischen Gebieten (**Aserbeidschan**, **Armenien**, **Dagestan**) ausgebrochen und vor allem, wenn er von der Türkei und den hinter ihr stehenden imperialistischen Mächten unterstützt worden wäre. Aber auch in diesem Falle hätte der Sieg nur eine andere Form der Niederlage bedeutet, da er das kleine demokratische Georgien der Herrschaft der Türkei und der Raubgier imperialistischer Mächte ausgeliefert hätte.

Aber schon jetzt haben blutige Repressalien gegen die Aufständischen eingesetzt: sie werden zu Hunderten niedergemetzelt; die ausländischen Vorf werden dem Feuer preisgegeben; die russische **Soldateska** feiert wahre Orgien, die den „roten“ Offizieren als Schule zur Ausbildung der Armeedes zukünftigen russischen Bolschewismus dienen. Nicht nur aus Gründen der Humanität und des Mitgeföhles für die der Verzweiflung preisgegebenen Arbeiter und Bauern Georgiens muß der internationale Sozialismus seine Stimme zu Gunsten der Unterdrückten erheben und die Forderung an die Bolschewisten richten, den blutigen Repressalien ein Ende zu machen. Auch vom allgemeinen politischen Standpunkt verlangt dieser durch die Verzweiflung hervorgerufene Aufstand und die blutige Unterdrückung desselben eine solche Einmütigkeit. Denn im Anstus wird durch die bolschewistische Politik ein Herd geschaffen, wo nicht nur das Schwert der russischen Reaktion geschärft wird, sondern früher oder später auch ein Weltbrand entzündet werden kann. Der kaukasische Balkan ist ein ebensolcher Gefahrenherd für den europäischen Frieden, wie die von dem Adriatischen und Schwarzen Meer umspülte Halbinsel.

Die Aufständischen im Bormark.

Paris, 12. Sept. Depeschen über Konstantinopel melden über die Situation in Georgien am 10. ds. folgenden: Anger **Rissis** und **Batum** ist bereits ganz Georgien in der Gewalt der Aufständischen. Die Moskauer Regierung entsetzt unter dem Schutze russischer Kriegsschiffe starke Hilfstruppen über das schwarze Meer nach **Batum**. Das ganze georgische Volk ist bereits in Waffen. Die von den Sowjetbehörden aufgenommenen Verfolgungen nach Beginn des Aufstandes gegen die gesamte Bevölkerung, also auch gegen die Unschuldigen, führte den Aufständischen auch diejenigen zu, die Sowjetrußland gegenüber bisher loyal waren.

Paris, 12. September. (Savas.) Die Legation Georgiens teilt mit: Das aus Konstantinopel abgefahrene Schiff konnte in **Batum** nicht anuern. In der Umgebung der Stadt wüten scharfe Kämpfe.

Ungarn -- der Treffpunkt der Halenkreuzmörder.

Budapest, 12. Dezember. (M.A.) Wie die Blätter melden, hat die Polizei die in Budapest sich aufhaltenden Bayern **Abel Werner**, **Arnold Bartl** und **Karl Thürmann**, die Mitglieder der Organisation „**Consul**“ sind und vor einigen Tagen von München nach Budapest gekommen waren, um mit rechtsradikalen Kreisen Fühlung zu suchen, in Haft genommen. Die Untersuchung ist im Zuge. Nach einer weiteren Meldung wurde auch der aus München gebürtige 26jährige **Otto Braun** festgenommen, der von den deutschen Behörden wegen zweifachen Mordes verfolgt wird.

Tages-Neuigkeiten.

Eine völlige Lat.

Das Hakenkreuz am braunen Hitlerhemd.

Zu dem in Bayern erscheinenden „Völkische Kurier“ lesen wir auf der letzten Seite: Kameraden!

Das äußere Zeichen, durch das sich der deutsche Mann zur nationalsozialistischen Freiheitsbewegung bekennet,

ist das braune Hitler-Hemd.

Wie bisher ist das Hemd durch die Dienststellen des Vaterländischen Schutzbundes oder direkt bei der Ausgabe in Salzburg (Vaterländischer Schutzbund) zu beziehen. Für Deutschland befindet sich die Ausgabe bei

Adolf Hitler

trägt das braune Hemd bereits in Landsberg!

Jeder Angehörige des Vaterländischen Schutzbundes usw. und der Jugendgruppen erhält das Hemd mit Krawatte, jeder Anhänger unserer Bewegung als Nichtmitglied des Frontingens das Hemd ohne Krawatte.

Die A-Gruppen tragen zu feierlichen Anlässen eine schwarze Krawatte, die gesondert zu beziehen ist.

Mit dem Großschreiben des Wortes „Deutsch“ war es also noch nicht getan, zur völligen Erneuerung hat noch etwas gefehlt. Das man darauf aber auch nicht früher versiel! Die Faschisten sind durch das schwarze Hemd berührt geworden, die nationalsozialistische Freiheitsbewegung hat es verfaßt, rechtzeitig das äußere Zeichen für den „deutschen Mann“ zu schaffen. Drum ging in München schieß und Ludendorff war schieß vor Scham in den Boden gesunken, dieweil er kein braunes Hemd über der germanischen Helmschulter trug, doch blieb er Gottseidank noch oberhalb des Pfisters auf dem Bauch liegen. Er soll übrigens verlangen haben, daß zum braunen Hitlerhemd in Erinnerung seiner Schwedentour die blaue Lindströmbrille dazukame. Die Gefahren, die der deutschvölkischen Bewegung drohten, können somit als beseitigt angesehen werden. Das braune Hemd wird nachgerade zu Ludendorffs zweiter Siegfriedsstellung und für Artur Dinters gesammelte Werke hätten wir jetzt auch einen schönen Titel: „Die Sünden wider das braune Hemd.“ Der Wahlspruch der Völkischen, die das Hakenkreuz jetzt nicht mehr, wie es im Ehrhardtlied so schön heißt „am Stahlhelm“ sondern am braunen Hemd tragen werden, ergibt sich ebenso zwanglos, er dürfte von nun an etwa lauten: „Kauft doch nicht immer nach herum — sondern tragt nur das braune Hitler-Hemd!“ — Die schwarze Krawatte, für Kaisers Geburtstag wohl-gemerkt, ist gesondert zu beziehen!

Keine Angstläufe von Mehl! Die überhäufte Vorräte des Mehlgeloses hat schon zu sehr unerfreulichen Erscheinungen auf dem Lebensmittelmarkt geführt. Die Bevölkerung hat aus Angst, daß in wenigen Tagen kein genugsames Mehl mehr zu erhalten sein wird, auf Vorrat Mehl eingekauft. Viele Geschäftsleute und Konsumvereine haben ihre ganzen Mehlvorräte ausverkauft. Die Folge von diesen Angstläufen war naturgemäß die Steigerung des Mehlpreises.

Auch hat sich gleich schon ein Schleichhandel in Mehl entwickelt, der an die böseste Zeit im Kriege erinnerte. Wir machen nun darauf aufmerksam, daß sich die Bevölkerung keinen Befürchtungen über Mehlmangel in der nächsten Zeit hingeben muß. Das Mehlgelose dürfte das Abgeordnetenhaus nicht mehr beschäftigen, es wird nur ein Weg gesucht, auf dem die Regierung einen „schrecklichen“ Rückzug antreten kann. Angstläufe haben also gar keinen Sinn und schädigen nur die Kaufmänner, indem der Preis des Mehles hinaufgetrieben wird.

„Fortschrittlichkeit bürgerlicher Frauen.“ Wir haben bereits vor längerer Zeit über das in unserem Staate geplante Eheverbot für weibliche Staatsangehörige berichtet und unseren Protest in dieser ganz reaktionären Maßnahme deutlich ausgesprochen. Spät aber doch, haben nun auch die bürgerlichen Frauen ihrer Meinung dazu Ausdruck gegeben. Ausschluß über ihre Stellungnahme zur Gleichberechtigung der Frauen gibt uns ein Bericht über den Verbandstag der deutschen Frauenvereinigungen, der Anfang September in Austerlitz stattfand. Dort legte die Referentin eine Entschließung gegen die Wiedereinführung des Eheverbots für weibliche Staatsangehörige vor und man sollte glauben, daß im Zeitalter der Gleichstellung der Geschlechter vor dem Gesetze auch die bürgerlichen Frauen ausnahmslos die geplante reaktionäre Maßnahme als unerträgliche Schmach empfinden und entrüstet ablehnen müßten. Dem aber ist nicht so! Es fand sich sogar eine ganze Anzahl Frauen, die behaupteten, daß Staatsdienst und Mutterchaft miteinander unvereinbar seien, so daß mehrmals über den vorgeschlagenen Antrag abgestimmt werden mußte, ehe eine knappe Mehrheit für ihn zustande kam. Vielleicht erkennen aus dieser schmachvollen Tatsache auch die Staatsbeamtinnen, welche doch zum allergrößten Teile in bürgerlichen Frauenkreisen stehen, wie es um die Wahrung ihrer Interessen darin bestellt ist. Für uns aber ist das Abstimmungsresultat nur ein Beweis mehr, für die wahre „Fortschrittlichkeit“ bürgerlicher Frauen.

Die gewaltsame Öffnung des Saager Stadttheaters. Die Abgeordneten Genossen Joh. Uhl, Maria Deutsch, G. Dirsch und Genossen, haben an den Minister des Innern betreffend die gewaltsame und eigenmächtige Öffnung des Stadttheaters in Saag durch den Leiter der dortigen politischen Bezirksverwaltung, Reg.-Rat Dr. Tauer, eine Interpellation gerichtet, in der es heißt: Im März 1924 wurde durch eine Vereinbarung zwischen dem Bürgermeister in Saag und dem tschechischen Kulturverband das Stadttheater in Saag dem genannten Kulturverband für je zwei Vorstellungen in den Monaten Mai und Juni d. J. zur Abhaltung tschechischer Vorstellungen zur Verfügung gestellt. Die zwei tschechischen Vorstellungen im Monate Mai fanden statt. Die in Aussicht genommenen zwei Vorstellungen im Monate Juni wurden nicht abgehalten. Ueber Erlauchen des tschechischen Kulturverbandes wurden dafür das Theater für den 21. und 22. September zur Abhaltung tschechischer Vorstellungen vergeben. Unterdessen wurden in der Woche vom 2. bis 7. September durch eine reisende Theatergesellschaft, deren Direktor ein Herr Weber aus Budweis ist, in Saag Theater-erfolge angeleitet und ausgegeben, in denen zu tschechischen Vorstellungen am Montag den 8. und Dienstag den 9. September im Stadttheater eingeladen wird. In der Stadtratsitzung am Freitag

den 5. September verlangte der tschechische Stadtrat Kellner die Vergabe des Stadttheaters an den reisenden Theaterdirektor Weber, für Montag den 8. und Dienstag den 9. September. Dieses Verlangen des tschechischen Stadtrates wurde in der Stadtratsitzung abgelehnt. Am Samstag den 6. September vormittags griff nun der Leiter der politischen Bezirksverwaltung in Saag, Reg.-Rat Dr. Tauer, in einer nicht zu verhehrenden Weise in diese Angelegenheit ein. Er erschien vormittags beim Bürgermeister in Saag und erklärte, er werde, wenn das Theater nicht freiwillig hergegeben wird, dieses gewaltsam öffnen. Die von ihm geforderte Stadtratsitzung wurde für Samstag einberufen, konnte aber wegen Beschlußunfähigkeit nicht abgehalten werden. Eine für Montag den 8. September vormittags anberaumte Stadtratsitzung schloß neuerlich die Vergabe des Theaters an Herrn Weber ab. Der Regierungsrat und Leiter der politischen Bezirksverwaltung in Saag, Dr. Tauer, machte nun seine Drohung wahr, begab sich nachmittags mit vier Gendarmen und einem Schloßer zum Theater und ließ die Türen mit Nachschlüsseln öffnen. Am Abend fand ein, unter Aufsicht der Gendarmen, die im Zuschauerraum postiert waren, die Vorstellung statt. Die Handlungsweise des verantwortlichen Leiters der politischen Behörde qualifizierte sich als Verstoß gegen die Verfassung und die Verfassungsgewalt. Die interpellierenden Genossen fragten daher den Minister, ob er bereit ist, eine strenge Untersuchung anzuordnen und dafür zu sorgen, daß alle Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Weil die Tschechoslowakei für ihre Krüppel nichts zahlen will. Unter diesem Titel meldet die Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Dienstag nachmittags wurde vor dem Tore der Kinderübernahmestelle in der Siebenbrunnengasse Nr. 78 in Wien ein etwa zweieinhalbjähriges Kind eingebracht. Die Frau, die am selben Tage in der Übernahmestelle war, aber mit ihrem Ansuchen, das Kind aufzunehmen, abgewiesen worden mußte, hatte das Kind weggeführt. Sie ist eine dreißigjährige Hilfsarbeiterin. Die Frau ist verheiratet, das Kind ist aber unehelich und nach der Mutter in die Tschechoslowakei zuständig. Die Frau konnte die Erklärung der tschechoslowakischen Gesundheitsbehörde, daß die Tschechoslowakei die Verpflegungskosten bezahlen werde, nicht vorlegen und mußte daher abgewiesen werden. Das Kind wurde vorläufig dem Zentrallinderheim übergeben. Es ist höchst ungesund von der tschechoslowakischen Regierung, daß sie für die Krüppel ihres Landes nicht sorgen will.

Die Feuerwehre im Preshburger Gefängnisse. Im Hofe des Preshburger Gefängnisses spielte sich eine höchst merkwürdige, beinahe amüsante Szene ab, die schließlich damit endete, daß man die Hilfe der Feuerwehre gegen einen reitenden „meuteren“ Häftling in Anspruch nehmen mußte. Josef Raffanyi, ein gewesener Ringkämpfer, ein Mann von kolossaler Körperkraft, befindet sich seit Wochen in Haft. Raffanyi, der im Gasthause „zur Linde“ in der Schanzstraße einen betrunknen Legionär, mit Hilfe des Gastwirthes Meeck, ausplünderte und dem Betrunkenen 10.000 Kronen entwendete, stand bereits einmal vor Gericht, wurde jedoch, da die Verhandlung verlagert werden mußte, noch nicht verurteilt. Seit dieser Zeit bemüht sich Raffanyi den Gefängnisthoren zu simulieren, hauptsächlich damit, daß er den großen Fichtenbaum im Gefängnisse in unbewachten Augenblicken er-

sticker. Montag früh gegen 7 Uhr gelangte der baumstarke Raffanyi wieder in den Hof, erklomm mit latenter Geschwindigkeit den Baum und nistete sich im Hockwerk der Spitze ein. Er zog sich, im Hockwerk hockend, fast späternacht aus und begann laut zu brüllen. Trotz Witen und Mahnungen ließ er sich nicht dazu bewegen, seinen luftigen Platz zu verlassen. Es vergingen Stunden und Raffanyi saß noch immer in einer Höhe von 12 Metern, schrie und brüllte, daß das ganze Gefängnis und das anstoßende Gerichtsgebäude widerhallte. Die Sache begann bereits unangenehm zu werden. Schließlich verständigte man die freiwillige Feuerwehre und gegen Mittag rollte ein Feuerwehrtrakt in den Gefängnishof, um der Szene ein Ende zu machen. Der Mann am Baume wurde noch einmal aufgefordert, den Spatz zu beenden, als auch diese Aufforderung nichts nützte, trat die Feuerwehrspritze in Aktion. Vier volle Minuten hielt Raffanyi dem Elemente stand, dann trat er wackelnd den Rückzug an und kletterte zähneklappernd zu Boden.

Verzweiflungstod einer Mutter. Vergangenen Samstag wurde in Begleßdél beim Angeln die Leiche eines dreijährigen Mädchens aus der Elbe gezogen. Ob es sich um einen Unglücksfall oder um ein Verbrechen handelte, konnte nicht festgestellt werden. Donnerstag Nachmittag erschien nun die Marie Kaiser aus Arzschow beim Bezirksgericht in Begleßdél und meldete, daß das aus der Elbe gezogene Kind ihr Kind sei, und sie dasselbe am Samstag vormittags bei der Elbe, unterhalb der Zuckerfabrik entkeidet und ertränkt habe. Die Frau erklärte beim Bezirksgericht, daß sie wegen dieses Kindes von ihrem Manne Vorwürfe erhielt, da sich der Vater dieses unehelichen Kindes nicht um dasselbe kümmere und auch keine Alimone zahle. Die verzweifelte Tat scheint in einem Anfälle von Unzurechnungsfähigkeit begangen worden zu sein. Wie man vernimmt, dürfte die ganze Familie erblich belastet sein.

Ein Gendarm lebensgefährlich verletzt. Aus einem Gefängnis in der Slowakei gelang es dem inhaftierten 33jährigen Häftling Ladislav Dundr zu entfliehen. Er tauchte in Adano auf und war in ein Gasthaus eingeleitet. Dort wurde er vom Gendarmenmeister Karl Capsky und dem Wochmann Josef Krupicka angehalten. Als ihm der Gendarm zurief: „Hände hoch!“ zog er rasch einen Browning hervor und feuerte gegen Capsky in rascher Nachschießfolge zwei Schüsse ab, worauf er die Flucht ergriff. Der Gendarm machte von seiner Schußwaffe Gebrauch, doch die Projektilen verfehlten ihr Ziel. Capsky, der sodann zusammenbrach, wurde im lebensgefährlich verletzten Zustande in das Spital überführt. Der Wochmann erlitt eine nicht unerhebliche Verletzung. Der Strolch konnte bisher nicht dingfest gemacht werden.

Zwei siebenjährige Brandstifter. Vor einigen Tagen brach in Wislitz bei Neugebäu ein Brand aus, der die Scheune der Eheleute Mayer samt Vorräten und Maschinen in Asche legte und einen Schaden von 65.000 K verursachte, der nur mit 12.925 K durch Versicherung gedeckt ist. Die Gendarmerie stellte fest, daß der Brand durch zwei siebenjährige Burschen, Rudolf und Michael Seidl, verursacht worden war, die in der Nachbarscheune Feuer angemacht hatten.

Der Staat und seine Bürger.

Ich bin freier Bürger einer ebenso freien Republik. Nicht oft hat sich der Staat meiner erinnert. Als ich einmal auf der Walz in Venedig das österreichische Konsulat besuchte, brüllte mir schon auf der Stiege irgend ein verkümmertes Bureaukrat: „Geldunterstützung gib's keine!“, noch ehe er den Zweck meines Besuchs erfahren. Wo es mir schieflich ging, hatte der Staat wenig für mich übrig. Er entschuldete sich immer prompt der Verantwortung, wo er vielleicht für mich etwas zu leisten gehabt hätte.

Als der Krieg ausbrach, erinnerte sich Österreich sehr rasch meiner. Ich mußte zur Offentierung, wurde auch von einem jebaliten reichsdeutschen Geheimrat, der als Konsulararzt in Livorno amtierte und deshalb sehr viel von Lungenerkrankheiten versteht, als würdig befunden, Kanonenfutter abzugeben, da mir, wie er meinte, frische Luft gut tun würde.

Kernz gestehle ich, daß mir diese Art der Gemeinschaft wenig Begeisterung einflößte. So zog es vor, in der Schweiz zu bleiben und tat gut daran. Wohl hat auch diese Republik ihre Fehler, doch bemüht sie sich, sie nicht zu übertreiben. Ich habe oft in politischen und anderen Versammlungen als Tolerierter, als Beobachter, gegen ihre Einrichtungen gesprochen, wäre 1917 bei einer Antikriegslandung in Genf beinahe verhaftet worden, wurde auch darüber später verhandelt, gefragt, ob ich antimilitaristisch eingestellt sei, was ich nie verneinte. Der Vorfall hat mich die schweizerische Staatsbürgerschaft gekostet, die ich sonst erhalten hätte; aber einen Prozeß hat man mir nicht gemacht.

Nach dem Umsturz kam ich auf Drängen von Freunden zurück in die alte Heimat. Ich brauchte nicht den Staat und dachte mir, er würde es mit mir ähnlich halten. Doch er erinnerte sich plötzlich einer Erbschaft, die ihm die Monarchie hinterlassen. Hand, daß ich nicht eingekerkert war und lud mich nun höflich zu einer Waffenübung ein. Dreißig Jahre hatte ich keinen Schießprügel in der Hand gehabt, das Jahr 1913 eingeschossen, wo ich in der Waffenfabrik Neuhausen Offiziere schlichtete, da andere Arbeit nicht zu haben war. Nun

sollte ich mich mit den Waffen „üben“. Man machte die Sache gnädig ab: der Theresienjäger Divisionsarzt, dem ich zur Konstatierung überwiesen war, brüllte zwar ein wenig, fand aber doch, ich sei nicht gerade übermäßig zum Dienst geeignet. Bei der Superarbitrierung konnte ich mir vielen anderen, die gleich mir auf 8 Uhr früh bestellt waren, bis nach 9 Uhr warten, bis es der Kommission beliebt, mit der Untersuchung zu beginnen. Es dauerte bis Mittag, bis ich fertig wurde, aber dann hatte ich meinen „C“-Bund schwarz auf weiß. Drei Tage habe ich so dem Staat geweiht, dem Staat, der mich dafür bestrafen wollte, daß ich nicht gegen ihn gekämpft hatte.

Doch zu der einen Erfahrung gestellte sich eine zweite. Ich redigierte eine Zeitung, in der ein Artikel erschien, der sich gegen das Fronleichnamfest wandte. So wenig gefährlich erschien der Aufsatz, daß er nicht einmal konfisziert wurde. Die christliche Nächstenliebe wachte jedoch und veranlaßte den Staatsanwalt, eine Klage gegen mich zu erheben. Die erste Instanz tat das Verbrechen mit 1000 Kronen Strafe ab, die zweite fand ich bei doch ein hartgottener Sünder und mußte auf drei Tage ins Loch. So habe ich mich Mittwoch, den 27. August, zum „Denkankunft“ im Gefängnisheim Leimerich gemeldet und die Strafe bis Samstag, den 30. August, abgelesen. Und da habe ich nun doch einige Fragen an den Staat zu stellen.

Wer usurpiert er sich zunächst das Recht, einen Menschen auf Grund einer geistigen Meinungsäußerung, von der nicht einmal feststeht, ob sie von ihm ausgeht, drei Tage seiner Freiheit zu berauben? Ich bin sehr überrascht davon, daß ein Dieb ein Eindringler, ein Kriminalverbrecher im Gefängnis besser wird, daß man bei unserer „Besserungsanstalt“ ein wenig tiefer schürfen, ein wenig tiefer vorklopfen möchte, die Missetäter individuell behandeln, den Ursachen ihrer Verbrechen nachsehen möchte, wollte man sie wirklich bessern. Aber ich frage, was die Freiheitsberaubung wegen einer geistigen Arbeit für einen Zweck verfolgt. Ich frage, ob man den den man einberet, weil irgend ein hierischer Würdenträger sich verletzt fühlt, dadurch etwa bessern will, daß man ihn in eine Gefängniszelle setzt? Ich rede nicht davon, daß eine „Verabschiedung“

des Sozialismus noch kein Offizialdelikt ist, daß es überhaupt schwer hält, den, der diese Bewegung und ihre Träger beleidigt, bestrafen zu lassen, daß also der Katholizismus trotz der angeblichen Freiheit der Gesinnung immer noch eine Monopolstellung einnimmt, sich den unnügen Zusammenhang zwischen Staat und Kirche bei der geistigen Unterdrückung der Massen auch juristisch bescheinigen läßt. Ich rede ganz allgemein davon, ob der, der eine bestimmte Meinung äußert oder denkt, dadurch „gebessert“ wird, daß man ihn in eine Zelle von sieben keinen Schritten Länge und 3/4 Schritten Breite sperrt. Ob er dadurch gebessert wird, daß diese Zelle mit einem Fußboden aus Steinplatten versehen ist, die in Verbindung mit den kalten Steinmauern und dem fast vollständigen, abtrocknend herbeigeführten Mangel an Sonne jeder Krankheit Tür und Tor öffnen? Frage nach dem Zweck der Grausamkeit, die sich in der absichtlichen Entwürdigung der Persönlichkeit kundtut, die jeden schon beim Betreten des Gefängnisses überfällt. Frage, wozu dem Strafgefangenen die Uhr weggenommen wird, ihn so der Verbindung mit der einzigen Freude, der verrinnenden Zeit beraubend? Frage, mit welchem Rechte sich irgend ein Offizial, dem zufällig die Leitung des Gefängnisses übertragen ist, den brieflichen Verkehr mit einem Abgeordneten zu unterbinden herausnimmt? Frage, mit welchem Rechte er einen Gefangenen, der wegen eines Pressdeliktes eine Haft abbüßt, anschauen kann, man werde nicht „auf den Hintern fallen“, wenn irgend ein Redakteur herinkommt, obgleich dieser Gefangene sich nur darüber beschwert, daß er die Nacht nicht schlafen kann, weil die Zelle verwirrt ist und es ihm verwehrt wird, Licht zu machen und sich dem eblen Gefährte der Wanzenjagd zu widmen? Frage, mit welchem Rechte dieser Offizial, übrigens eine unrichtliche Ausnahme unter dem übrigen Personal des Gefängnisses, auf die Antwort des Gefangenen, er brauche sich nicht beleidigen zu lassen und halte damit die Unterhaltung für beendet, ihn andrückt, er unterhalte sich mit seinem Sträfling und der Gefangene sei jetzt nur ein Sträfling? Ich frage, warum der Redakteur und auch die Watzage schmutzig sein müssen, daß es einen eckelt, sich darauf zu legen, frage, warum der Gefangene, wenn er die Nacht durch wegen der

Wanzen nicht schlafen kann, um halb sieben Uhr von dem harten Lager aufgetrieben wird?

Das alles frage ich, könnte noch vieles mehr fragen, wo es um Kriminalverbrechen geht. Ich brauche nur an den entwürdigenden „Spaziergang der Häftlinge zu denken, die ich täglich in verschiedenen Partien von halb sieben bis halb zwölf Uhr vormittags im Hof herumlaufen — nicht gehen — höre, umbrüllt von einem Wärter, brauche nur zu denken an die „Besuche“, die sich durch eine 20 Zentimeter dicke Mauer und ein engmaschiges Drahtgitter vollziehen. Doch ich frage noch viel mehr, wo es um die Bestrafung für eine geistige Arbeit geht. Wird der von der Vortrefflichkeit der staatlichen und sonstigen Einrichtungen überzeugt, dem man eklant dazutut, daß der Mensch aufhöret, ein Mensch zu sein, wenn sich die Pforte, die vier schweren Gittertüren des Gefängnisses hinter ihm geschlossen haben, daß er nur noch eine Zellennummer ist, der jeglicher menschlichen Würde? Oder soll vielleicht die Haft — doch an solche Absichten wage ich nicht zu denken — wirklich dazu dienen, dieses Gefühl menschlicher Würde in dem Häftling zu erschlagen? Doch damit würde ja gerade das Gegenteil dessen erreicht, was eine vernünftige Strafe erzielen soll: nicht eine Besserung, sondern im Gegenteil eine Abstumpfung der Bestraften.

Ich kehre zurück zum Ausgangspunkt. Der Bürger und der Staat. Aus dem einen werden viele. Uns allen geht es so, daß der Staat immer erst von unserer Existenz erfährt, wenn er etwas von uns haben will oder wenn er vermeint, uns strafen zu müssen, da wir uns gegen seine „Grundgesetze“ vergangen haben. Aber was ist dann in diesem Falle der Staat? Ist er eine Gemeinschaft aller in ihm wohnenden Staatsbürger, die sich zusammen zu gemeinsamer Organisation, einander zu helfen? Ich nein, es ist bloß eine Schutzorganisation der Herrschenden gegen die Beherrschten, ein Instrument der Klassenherrschaft. Und so hat die dreitägige Haft neben den übrigen Erfahrungen, die ich mit dem Staat machte, die eine Ueberzeugung in mir gefestigt: daß es gilt, diesen „Staatsbürger“ zu bekämpfen, wo immer es auch sei, dahin zu wirken, daß an seine Stelle eine wahre Gemeinschaft aller trete.

Josef Böckner

Der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei im Jahre 1923.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß der Jahresbericht des deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei für das Jahr 1923 erschienen ist. Leider wird den statistischen Tabellen über die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbänden nicht wie sonst ein allgemeiner Bericht vorangeschickt, der stets eine wertvolle Instruktion über die Entwicklung der Gewerkschaften eines Jahres darstellt. Die Zentralgewerkschaftskommission erklärt, von der Berichterstattung dieser Jahresübersicht deswegen Abstand genommen zu haben, weil dem im Dezember stattfindenden ordentlichen Gewerkschaftskongress sowie ein Bericht vorgelegt werden wird, und man einen zweifachen Bericht vermeiden wollte. Es wird dieser Bericht im Dezember dennoch erstattet werden.

Die Situation der Gewerkschaften spiegelt sich in der Mitgliederbewegung der dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände wider. Wohl hat sich die wirtschaftliche Lage im Jahre 1923 gebessert, in der Mitgliederbewegung der Gewerkschaften kamen jedoch die Folgen der Wirtschaftskrise des Jahres 1922 erst 1923 zur vollen Auswirkung. Während der deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1922 285.376 Mitglieder zählte, wies er am 31. Dezember 1923 nur 217.149 auf. Freilich haben sich die Verhältnisse seitdem wieder erfreulich gebessert, fast alle Verbände haben eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen. In der finanziellen Gebahrung der Verbände zeigt sich doch schon die einigermaßen gebesserte Wirtschaftslage. Während für 1922 die Gesamteinnahmen der Verbände 31.703.987,72 Kč, die Ausgaben 34.577.526,74 betragen, also ein Defizit von 2.873.539,02 betrug, hat sich dieses Defizit im Jahre 1923 bedeutend verringert. In diesem Jahre betragen die Gesamteinnahmen der Verbände 24.276.008,99 Kč, die Gesamtausgaben 25.851.082,27 Kč. Das Defizit betrug also etwas weniger über eine Million Kronen (1.075.073,28). Die gewerkschaftlichen Finanzen zeigen also eine Tendenz der Konsolidierung auf, und es ist zu hoffen, daß das Jahr 1924 für die Gewerkschaften finanziell ohne Defizit abschließt.

Nicht ungünstig ist auch das Resultat der Lohnbewegungen im Jahre 1923. Die Gesamtzahl der Lohnbewegungen betrug 607, an denen 248.819 Arbeiter und Angestellte beteiligt waren. Nicht weniger als 663 Verträge an denen 238.688 Arbeiter und Angestellte beteiligt waren, wurden abgeschlossen. Streiks waren 77 mit 15.678 Beteiligten zu verzeichnen, von denen nur 15 mit 2521 Beteiligten ohne Erfolg, alle anderen mit vollem oder teilweisem Erfolge abgeschlossen werden konnten. In dieser Hinsicht ist also die Bilanz des deutschen Gewerkschaftsbundes eine günstige.

Der statistischen Uebersicht über den deutschen Gewerkschaftsbund sind die instruktiven Jahresberichte der Verbände, die ein genaues Bild der Entwicklung der einzelnen Verbände ergeben, angeschlossen. Als Gesamtbild ergibt der Bericht, daß die Gewerkschaften die schwerste Krise, die über die sudetendeutschen Arbeiter seit Jahrzehnten gekommen ist, gut überstanden haben. Die geänderten gewerkschaftlichen Verhältnisse haben fester die Stellung der Gewerkschaften verbessert. Da der deutsche Gewerkschaftsbund auch die kommunistische Gefahr bereits überwunden hat, kann man der Entwicklung des Bundes für die nächste Zeit mit einem gewissen Optimismus entgegensehen.

Die kommunistischen Blätter, sowohl der Reichsberger „Vorwärts“ als auch die „Ruffiger Internationale“ höhnen, daß die Zahl der im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Mitglieder zurückgegangen ist. Daß sich Kommunisten über den Niedergang von gewerkschaftlichen Organisationen freuen, in denen auch viel Kommunisten organisiert sind, haben sie mit allen Arbeitern gemein und wir werden nicht weiter mit ihnen darüber streiten. Wahrscheinlich haben sie den Ehrgeiz, den Hauptverband der deutschen Industriellen in der Verächlichmachung der Gewerkschaften zu übertreffen.

Die Ursachen des Mitgliederrückganges ernstlich zu prüfen sind die Kommunisten nicht fähig. Statt auf die ökonomischen Ursachen, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit und die eigene Schuld der Arbeiter und Kleinrentner führen sie die gewerkschaftlichen Organisationen der letzten Jahre auf die „Gewerkschaftsbürokratie“ zurück. Es lohnt nicht, mit solcher Gedankenlosigkeit zu rechten.

Internationale Gewerkschaftsbewegung. Vom internationalen Transportarbeiterkongress.

In den kommunistischen Blättern waren vielfach unrichtige Berichte über den internationalen Transportarbeiterkongress, der in der ersten Hälfte August getagt hat. Es wird daher unsere Leser interessieren, näheres über den Kongress zu erfahren. Zunächst war vielfach die Rede davon, daß die Transportarbeiter das Dawes-Gutachten, für

dessen Annahme sich die englische Arbeiterregierung und die deutsche Sozialdemokratie eingesetzt haben, abgelehnt hätten. In seiner Eröffnungsrede gab der Vorsitzende Williams seiner Befürchtung Ausdruck, daß die Durchführung des Gutachtens der Sachverständigen die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit gefährden könnte. Insbesondere wandte er sich gegen die geplante Entstaatlichung der reichsdeutschen Eisenbahnen und deren Unterstellung unter die Verwaltung des Entente-Kapitals. Die deutsche Delegation gab eine Erklärung ab, worin sie sagt, daß es sich bei dem Gutachten nur um Annahme oder Ablehnung handeln kann. Wäre die Arbeiterklasse der ganzen Welt in der Lage, eine andere Lösung zu finden, so würde dies niemand mehr begründen, als die deutsche Arbeiterklasse. Die deutschen Arbeiter wissen aber, daß die gesamte Arbeiterklasse der Welt die Folgen einer Inflation, nämlich Chaos und Zusammenbruch der Arbeiterklasse nicht abwehren vermag, die einer Ablehnung des Sachverständigen-Gutachtens folgen würde. Deshalb sollte man das Sachverständigen-Gutachten nicht mit einer schönen Geste ablehnen.

Von Wichtigkeit war auch die Aussprache über die Berliner Konferenz der Transportarbeiterinternationalen, nach welcher es zu Auseinandersetzungen mit dem Sekretär Finnen kam, wegen dessen Haltung zu den russischen Verbänden. Das Vorgehen Finnens wurde scharf kritisiert. Insbesondere der Vertreter Frankreichs geißelte die persönliche Politik des internationalen Sekretärs. Ebenso wurde von englischer, deutscher und belgischer Seite die Vorgangsweise Finnens abfällig beurteilt. Die russischen Organisationen können nach Ansicht der Mehrheit des Kongresses nur unter denselben Bedingungen zugelassen werden, wie die der anderen Länder. Finnen verteidigte sich damit, daß die Russen die in Berlin getroffenen Vereinbarungen nicht gehalten haben. Es wurde schließlich die Erwartung ausgesprochen, daß sich ein solches Vorgehen nicht wiederholen möge.

Bei der Wahl des Generalsekretärs wurde zunächst Finnen aufgefordert, sich wegen seines Verhaltens zu rechtfertigen, worauf er zugab, Fehler gemacht zu haben. Er hoffe aber, daß solche in Zukunft nicht so leicht mehr vorkommen werden. Daraufhin wurde Finnen zum Sekretär einstimmig gewählt.

Den kommunistischen Blättern gegenüber wollen wir nur noch festhalten, daß selbst Finnen das Vorgehen Losonskis als ein unerhörtes bezeichnete und die kommunistischen Gewerkschaften dahin charakterisierte, daß bei ihnen wohl eine Tendenz aber keine Organisation wahrzunehmen sei.

Der englische Gewerkschaftskongress.

Erweiterung des Wirkungsbereiches des Generalrates. — Die Grundforderungen der Gewerkschaften.

Der englische Gewerkschaftskongress, der in diesem Jahr in Hull stattfand, unterschied sich wesentlich vom vorjährigen. Damals herrschte eine gedrückte Stimmung vor. Die englische Arbeiterklasse hatte schwere Niederlagen hinter sich und wenig Hoffnung für die nahe Zukunft. Dauf der politischen Wendung in England haben sich die Dinge anders gestaltet und der diesjährige Kongress spiegelt die veränderten Zustände wieder. Wichtige, wegweisende Reden wurden gehalten, eine Fülle von Anregungen wurde dem Kongress unterbreitet, denen noch sorgfältige Betrachtung gewidmet werden muß. Die Bedeutung des Kongresses kommt in der Annahme zweier wichtiger Beschlüsse zum Ausdruck. Der erste erweitert den Wirkungsbereich des Generalrates des Gewerkschaftskongresses, damit er bei den Arbeitslosen die zusammenschließenden großen Gesichtspunkte der gesamten Arbeiterbewegung berücksichtigen kann. Falls die Verhandlungen der einzelnen Gewerkschaften mit den Unternehmern scheitern, kann der Generalrat auf Anruf oder aus eigener Initiative an der Schlichtung des Konfliktes teilnehmen beziehungsweise bei Scheitern der Verhandlungen die gesamte Kraft der Gewerkschaften mobilisieren. Nimmt eine Gewerkschaft die Vermittlung des Generalrates nicht an, so muß sie dies vor dem Kongress verantworten. Die Grundforderungen der Gewerkschaften wurden in Form eines Dokuments (Cortex of Labour) zusammengefaßt. Sozialisierung der Bergwerke und Eisenbahnen, Ausdehnung der Staatsunternehmungen und öffentlicher Anstalten, eine Höchst-Arbeitszeit von 44 Stunden in der Woche, Minimallohne, entsprechende Einrichtungen für die Arbeitslosen, Wohnungsbau, Bildung, Kranken- und Unfallversicherung, Altersversicherung für das 60. Lebensjahr, Witwen- und Pensionsrenten gehören zu den Grundforderungen, die diesmal nicht als ein ideales Programm, sondern als Aktionsprogramm für die nächste Zukunft aufgestellt wurden. Leidenschaftliche Reden bezeugten, daß die Gewerkschaften mit diesen Forderungen, insbesondere auch mit der der Sozialisierung, es ernst meinen. Ein wesentlicher Zug des Kongresses war der Wunsch der Kongressmitglieder, eine internationale Einheitsfront der Arbeiterbewegung herzustellen. Die Verfassung der internationalen Gewerkschaftszentren in Amsterdam und in Moskau wurde einstimmig als dringende Notwendigkeit betont. Eine Vermittlungsaktion soll eingeleitet werden.

Das Problem der Grenzstreitigkeiten.

Der Ausschuss des belgischen Gewerkschaftsbundes befahte sich kürzlich in zwei Sitzungen mit der Frage der Grenzstreitigkeiten, die in der belgischen Gewerkschaftsbewegung eine große Rolle spielt und deren Lösung im Interesse der Streitkraft der Organisationen allgemein angestrebt wird.

Daß die Behandlung des Problems letzten Endes in eine prinzipielle Diskussion über die Organisierung der Arbeiter nach Industrien im Gegensatz zur rein beruflichen Organisation ausmündete, ist sehr bezeichnend und zeigt, daß in diesem oder jenem Zusammenhang die Industriearbeiterorganisation überall im Mittelpunkt des Interesses steht.

Gryson, (Bauarbeiter), der besonders zugunsten der Industriearbeiterorganisation sprach, glaubt, daß die 20 dem belgischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen auf zehn Verbände reduziert werden könnten. Dadurch würden die Grenzstreitigkeiten nicht nur beträchtlich vermindert, sondern die ganze Kampfkraft der Bewegung würde beträchtlich zunehmen. Der Redner nimmt die Arbeiter der öffentlichen Dienstverträge als Beispiel und sagt, daß nach seiner Ansicht eine Industriearbeiterorganisation auf diesem Gebiete Berufsgruppen wie die Eisenbahner, das Tramperpersonal, die Gasfabrikarbeiter, das Personal der Ministerien und Verwaltungen, die Lehrkräfte usw. umfassen müßte.

Bei der Diskussion zeigte es sich, daß zahlreiche Delegierte die Ansichten Grysons nicht teilen und die Meinungen in dieser Frage noch stark auseinandergehen. Besonders Mahlmann (Transportarbeiter) wandte sich gegen die Ausführungen Grysons und glaubt, daß, wenn unbedingt zentralisiert werden müßte, die Gründung von zusammenfassenden Organisationen großer Kategorien, wie z. B. der reinen Handarbeiter, der Maschinenarbeiter usw. vorzuziehen sei.

In der nach eingehender Diskussion angenommenen Resolution wird zunächst festgestellt, daß viel zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten beitragen werde, wenn in allen Organisationen darnach gestrebt wird, den Arbeitern die gleichen Vorteile zu sichern. Geschieht dies, so wird sich in Fällen, wo der Uebertritt von Arbeitern von einem Verband zum andern notwendig wird, alles leicht machen lassen. Was die Festlegung der Grenzen anbetrifft, so dürfte nicht nur der Firmennamen des Unternehmers maßgebend sein, sondern man müsse auf die Art des Betriebes, die Gleichheit der Interessen der in einer oder ähnlichen Industrien beschäftigten Arbeiter usw. achten. Mit besonderem Nachdruck fordert die Resolution die Delegierten auf, der Organisation nach Industrien durch Zusammenfassung von Organisationen, die das gleiche oder ein ähnliches Aktionsgebiet umfassen, größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Ausschließung von kommunistischen Gewerkschaftern aus der kommunistischen Partei Deutschlands.

Die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands veröffentlichte in der vorigen Woche in der „Roten Fahne“ den Ausschluß der kommunistischen Gewerkschafter Kaiser, Weyer und Schuhmacher. Dieser Beschluß, der unter den Anhängern der kommunistischen Partei und auch außerhalb Aufsehen erregt, wird eingehend begründet. Dem ersten der Ausgeschlossenen wird folgendes vorgeworfen:

Der Genosse Paul Kaiser hat durch Zurückhalten von Verbandsgeldern, die dem Hauptvorstande des Verbandes der ausgeschlossenen Banarbeiter gehörten, die Lohn- und Streikbewegungen der Banarbeiter in Königsberg, Leipzig und anderen Orten schwer geschädigt.

Kaiser hat dafür gewirkt, daß Streikbrecher, die aus seiner Organisation durch Schiedsgerichtsurteil ausgeschlossen waren, von dem Vorstand des Zweigvereines Berlin wieder in den Verband der ausgeschlossenen Banarbeiter aufgenommen wurden.

Weyer wieder wird folgendes vorgeworfen: Weyer hat eine Sonderkonferenz von Unionsfunktionären in Leipzig organisiert, welche die Vorbereitungen zur Spaltung der Union treffen sollte. Im Halle'schen Bezirk ist auf Grund dieser Sonderkonferenz dieser Spaltungsversuch tatsächlich unternommen worden.

Am meisten wird wohl der Ausschluß Schuhmachere interessieren, der noch auf dem letzten internationalen Kommunistenkongress in Moskau als Redner auftrat. Ihm wird folgendes zur Last gelegt:

Er hat hinter dem Rücken der Partei eine zweite Sonderkonferenz von revolutionären Bekleidungsarbeitern einberufen, um seine Spaltungsarbeit fortzusetzen.

In dieser Konferenz hat er die Teilnahme eines Vertreters der Partei und des Reichsarbeitsausschusses verhindert.

Durch sein Auftreten hat er in der am 26. August 1924 stattgefundenen Mitgliederversammlung des oppositionellen Bekleidungsarbeiterverbandes die Annahme einer Resolution herbeigeführt, die sich gegen die Beschlüsse der Weltkongresse richtete.

Wenn man von dem ersten Ausgeschlossenen absieht, der eine unehrenhafte Handlung begangen hat, so liegt die Schuld der ausgeschlossenen Kommunisten darin, daß sie zuviel gespalten haben.

Arbeiterrecht.

Höhere Dienste eines Angestellten bedingen quartalmäßige Kündigung.

(Entsch. des Obersten Gerichtes 1. April 1924, Rev. I., 1666—23.)

Unbestritten ist, daß der Kläger A., Werkmeister in B., bei der beklagten Firma B. seit 3. August 1906 in Verwendung stand, daß er zuletzt einen Monatsgehalt von 1960 Kronen bezog, und daß ihm die beklagte Firma Mitte November 1922 für Ende Dezember 1922 auf sechs Wochen gekündigt hat. Kläger behauptet, daß er bei der Beklagten als Modellfischermeister angestellt gewesen sei und in dieser Eigenschaft in dem Betriebe der beklagten Firma höhere Dienste im Sinne des § 2 des Handels-Gesetz-Buch. geleistet habe. Die sechs wöchige Kündigung sei daher gesetzlich unzulässig, da er länger als zehn Jahre ununterbrochen im Dienstverhältnisse gestanden sei. Die Kündigungsfrist betrage mindestens drei Monate und müsse mit dem Vierteljahre endigen. Die Beklagte hätte ihm daher mit 1. Jänner 1923 für Ende März 1923 kündigen dürfen, deshalb gebühre ihm für drei Monate Gehalt im Betrage von 5880 Kronen. Das Kreisgericht in Böhmen-Weipa gab der Klage statt und das Urteil wurde vom Oberlandesgerichte in Prag bestätigt. Das Oberste Gericht hat der Revision der beklagten Firma aus folgenden Gründen keine Folge gegeben:

Das Oberste Gericht schließt sich der Rechtsansicht der Untergerichte bezüglich beider noch strittigen Fragen an, nämlich, ob das Dienstverhältnis des Klägers dem Handlungsgehilfengesetze unterliegt und ob auf dasselbe der § 2 der Reg.-Vdg. vom 28. Feber 1919, Slg. Nr. 108, welche laut Vdg. vom 30. Juni 1922, Slg. Nr. 180, zur Zeit der Kündigung, Mitte November, noch zu Recht bestand, Anwendung findet. Daß der Kläger im Betriebe der beklagten Firma außer den reinen Handwerksarbeiten auch höhere Dienste leistete, ergibt sich aus den übereinstimmenden tatsächlichen Feststellungen beider Untergerichte, betreffs dessen, was alles zu seinen Pflichten gehörte, wobei insbesondere hervorgehoben werden muß, daß er in der Tischlerei den dort beschäftigten Arbeitern selbständig die Arbeit zugewiesen hat, ihre Arbeit beaufsichtigte und ihre Erzeugnisse kontrollierte, und daß er für den Erfolg ihrer Tätigkeit und für die in der Tischlerei erzeugten Modelle selbst die Verantwortung trug. Er war selbständiger Leiter einer Fabrikabteilung, wobei er unmittelbar dem technischen Direktor des ganzen Betriebes unterstellt war, hatte daher eine leitende Stelle, die eine besondere Qualifikation erforderte. Strittig könnte nur die Frage sein, ob die höherqualifizierte Arbeit neben der reinen Handwerksarbeit überwog. Da die beklagte Firma den Betrieb und auch die Tischlerei in den letzten Jahren vergrößert hat und dem Kläger vier Gehilfen und ein Lehrling untergeordnet wurden, kann darüber kein Zweifel obwalten, zumal die Zeugen bestätigen, daß der Kläger nach dem Jahre 1920 zwar auch noch selbst gearbeitet hat, jedoch nur selten, und daß er mehr mit der Aufsicht beschäftigt war, und da die beklagte Firma nach der Vergrößerung der Tischlerei und Vermehrung der in derselben beschäftigten Arbeiterzahl dem Kläger den Titel eines Werkmeisters verlieh und ihm einen Monatsgehalt gewährte, womit sie seine vorwiegend qualifizierte Tätigkeit auch äußerlich anerkannte. Der Kläger leistete sonach in den letzten Jahren höhere technische Dienste und sein Dienstverhältnis unterlag nach § 1 des Handels-Gesetz-Buch. vom 16. Jänner 1910, R. G. Bl. Nr. 20, diesem Gesetze.

Indem er Angestellter nach dem oben zitierten Gesetze war und bei der beklagten Firma ununterbrochen mehr als zehn Jahre im Dienstverhältnisse gestanden ist, hatte er laut § 2 der Vdg. vom 28. Feber 1919, Slg. Nr. 108 einen Anspruch auf dreimonatige mit Kalendervierteljahr endigende Kündigung. Die Verordnung bestimmt nicht, daß der zehnjährige ununterbrochene Dienst, die ganze Zeit Dienst von höherer Art sein mußte, es genügt, daß er ununterbrochen und zur Zeit der Kündigung qualifiziert war. Weder durch den Wortlaut des § 2, noch des § 3, noch durch die Ueberschrift der Verordnung, kann verlässlich die Auslegung begründet werden, daß die zehn Jahre ununterbrochen in einer Dienststellung, welche dem Handlungsgehilfengesetze unterliegt, verbracht sein müßten. Eine solche Auslegung würde dem Sinne und dem Zweck der Regierungsverordnung widersprechen, die offenbar nur zugunsten der Angestellten erlassen wurde und so ausgelegt werden muß; es kann dieser Auslegung daher nicht beigetreten werden.

Das Berufungsgericht hat mit Recht die Entscheidung des Erstgerichtes bestätigt, daß die beklagte Firma verpflichtet ist, dem Kläger den Gehalt für die dreimonatliche gesetzliche Kündigungsfrist zu bezahlen, weshalb die Revision der beklagten Firma als unbegründet abzuweisen ist.

Ein Postbeamtenstreik in Kanada. In vier kanadischen Großstädten haben 3500 Postbeamte einen erfolgreichen Streik für die Erhöhung ihrer sehr niedrigen Gehälter durchgeführt. Die amerikanische Zeitschrift „The Nation“ schildert sehr lebhaft den Ablauf dieses Streiks, der für 10.000 Postbeamte die Verbesserung ihres Schicksals brachte. Der Staat hat sämtliche Zwangsmittel, unter ihnen auch die Entlassung, gegen die Streikenden angewendet. Daß der Streik trotzdem erfolgreich war und die Regierung zum vollständigen Rückzug zwang, war der Sympathie der öffentlichen Meinung und der Solidarität der Kämpfer zuzuschreiben. In Toronto haben die Briefträger Flugzettel in die Häuser getragen und Umzüge veranstaltet. In vielen Kirchen wurde für den Erfolg der Streikenden gebetet. Die von den Streikbrechern ausgehenden Briefe wurden vom Publikum nicht in Empfang genommen. Der Verein für Arbeitslosigkeit hat seinen Mitgliedern die Erhebung der Streikenden verboten. In Toronto sollten 500 Studenten, die sich in den Ferien befinden, die Postbeamten ersetzen, die aber für diese Arbeit ganz untauglich waren. Sie wurden als „Stachels“ bezeichnet und der Aufenthalt in den „gestohlenen Nestern“ wurde ihnen schwer gemacht.

Spindel sind gleichberechtigte Gewerkschaftsmitglieder! Die Sowjetregierung hat vor kurzem einen Befehl erlassen, wonach die Angestellten der staatlichen politischen Verwaltung (Tscheka) den Militärbeamten gleichgestellt sind, und infolgedessen laut den Sowjetdekreten aus dem Verband der Sowjetangestellten ausscheiden müssen. Indessen hat der Zentralvorstand des Verbandes der Sowjetangestellten die Vorschriften erlassen, daß die Tschekisten, die diesen Wunsch hegen sollten, alle Rechte der Verbandsmitglieder beibehalten, d. h. die Unterfertigungsliste des Verbandes benutzen, die Versammlungen besuchen dürfen usw. Diese Fürsorge der Verbandsleitung um die Spindel und Kreaturen der Tscheka wirkt ein bezeichnendes Licht auf den inneren Geist des Verbandes der Sowjetangestellten.

Selbsthilfe des Proletariats.

Am 12. September trat der Kongress der „Arbeiterwohlfahrt“ in Hannover zusammen. Die mächtige Organisation bedeutet ähnlich wie die „Kinderfreunde“ eine Fortsetzung der Selbsthilforganisationen des Proletariats, die den Zweck haben, schon auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft dem Proletariat bessere Lebensbedingungen zu schaffen, die schlimmsten Folgen der kapitalistischen Produktion zu bekämpfen und nicht zuletzt die Arbeiter dem Einfluß bürgerlicher Wohltätigkeitsanstalten zu entziehen, die ja immer mit dem Ziele arbeiten, die Arbeiter mit bürgerlichen Ideologien zu erfüllen. Im Berliner „Vorwärts“ würdigt Marie Juchacz die Bestrebungen der „Arbeiterwohlfahrt.“ Sie schreibt:

Fast fünf Jahre besteht die Arbeiterwohlfahrt. Die Deutlichkeit hat kaum etwas davon bemerkt, daß in der Stille eine Organisation heranwachsend ist, die sich in ihrer Größe, in dem Umfang und in der Intensität ihrer Arbeit mit mancher Organisation messen kann, von der bedeutend mehr gesprochen wird. Weiß z. B. die Arbeiterschaft in Berlin, daß hier fast 4000 der Sozialdemokratie angehörende Frauen und Männer ehrenamtlich im Dienst der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege stehen? Sie sind, vom Zentralwohlfahrtsamt und den Bezirksämtern abgesehen, in den Wohlfahrtsdeputationen, als Gemeindevollrätinnen, als Ermittler beim Jugendamt, in der Jugendgerichtshilfe und unmittelbar als Helfer bei der eigenen Arbeit der Arbeiterwohlfahrt tätig. Der Hamburger Ausschuh für soziale Fürsorge stellt, um ein weiteres Beispiel zu geben, dem Staat von 2500 ehrenamtlichen, zur Durchführung seiner Wohlfahrtspflege notwendigen Helfern allein 1500 Mitglieder zur Verfügung. Bei der Durchbearbeitung der letzten Verdicke aus dem ganzen Reich konnte festgestellt werden, daß mit einer Zahl von 24.000 Helfern gerechnet werden kann, die in 1260 Ortsausschüssen für Arbeiterwohlfahrt tätig sind.

Und nun zum Aufgabentkreis der Arbeiterwohlfahrt. Da die Mehrzahl der Helfer aus Frauen besteht, wird es nicht wundernehmen, wenn ein großer Teil der Kräfte für die Wohlfahrt der Jugend verwendet wird. Diese Arbeit der Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt umfaßt das Kind vom Säuglingsalter bis zur Fürsorge für die Schulverlassenen. Schon vor der Geburt bemüht man sich um die Mutter, um dem Kind unter möglichst günstigen Bedingungen den Eintritt in das Leben zu verschaffen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus arbeiten die Ortsausschüsse im Mutterhau und vornehmlich auf das Wohlbefinden der Wöchnerinnen und Säuglinge. In sehr vielen Orten wird eine eigene Hauspflege, d. h. es wird bei Erkrankung der Hausfrau eine Kraft zur Verfügung gestellt, die den Haushalt in Ordnung hält und sich besonders der Kinder annimmt. Bereits wurden auch in Verbindung mit den Arbeiterfamulatern Krankenpflegekurse gemacht, damit die Genossinnen, die Hauspflege, d. h. die Pflege des Haushalts ausüben, den Kranken nicht ganz unzulänglich gegenüberstehen.

In der städtischen Säuglingsfürsorge arbeiten die Ortsausschüsse ebenfalls mit. Da die öffentliche Fürsorge unter den heutigen Verhältnissen nicht ausreicht, sind häufig ergänzende Hilfsmaßnahmen von der Arbeiterwohlfahrt in die Wege geleitet worden. Wäsche- und Sammlungen für bedürftige Wöchnerinnen und Säuglinge, Verleihung von Wäckerkörben

mit Säuglingsausrüstung, Anfertigung in eigenen Nähstuben sind eingebürgert. Eine Ausstellung, die neben der Tagung in Hannover eingerichtet ist, wird neben den Bildern von Veranstaltungen auch Erzeugnisse aus den Nähstuben zeigen, wo man aus Altem und Neuem Wäsche und Kleider für Kinder und Erwachsene herstellt. Diese Nähstuben dienen zugleich der Belehrung für das Nähens unkundige Frauen und Mädchen. Besonders rege beteiligte sich die Arbeiterwohlfahrt auch an der Fürsorge für das Schulkind und bei der Schulpflege. Die Ortsausschüsse arbeiten überall an der Kindererziehung mit. Das geschieht sowohl in der Verwaltung wie bei der Ausgabe des Essens und der Kontrolle. Aber auch als Rädchen haben sich die Vertreterinnen der Arbeiterwohlfahrt zur Verfügung gestellt.

Die Bewegung für Ferienspiele und Wanderungen hat sehr stark zugenommen. Ein und wieder im Zusammenwirken mit dem Jugendamt, meistens aber ganz auf eigene Verantwortung führte die Arbeiterwohlfahrt allorts die Ferienspiele und Wanderungen durch, nach alter Gewohnheit. Häufig wird Verpflegung, immer eine kleine Erfrischung gegeben. So fanden in den Jahren 1921 bis 1924 fast überall, teils während der Ferien, teils sogar dauernd Wanderungen, Spiele, Strandfahrten, Führungen in Luft- und Sonnenbäder statt. In einer ganzen Reihe von Orten macht man unter ärztlicher Leitung und Aufsicht regelrechte Kurten mit gutem Erfolg. Der größte Teil der nicht unbedeutenden Kosten wird nach alter Übung durch Sammlungen in Arbeiterkreisen aufgebracht. Die Wichtigkeit dieser Arbeit wurde auch von den Kommunen und der Auslandshilfe durch Lebensmittelausweisungen anerkannt.

Die Verhinderung der Kinder in Erholungsanstalten ist die wichtigste Aufgabe der Arbeiterwohlfahrt sehr stark. Die als erholungsbedürftig erkannten Kinder wurden den Jugendämtern genannt, vielfach ist es der Arbeiterwohlfahrt gelungen, die Verhinderung der Kinder aus eigenen Mitteln durchzuführen.

Bei der Ruhrkinderberufung hat die Arbeiterwohlfahrt sowohl als Entsendestelle wie auch als Aufnahmestelle sehr lebhaft mitgearbeitet. Erwähnt seien u. a. als Aufnahmestellen die Bezirksausschüsse Provinz Brandenburg, Pommern, Provinz Sachsen, Freistaat Sachsen, Thüringen, wo zahlreiche Arbeiterfamilien trotz der eigenen bedürftigen Lage noch Kinder für längere Zeit bei sich aufnahmen. Die Arbeiter der Provinz Brandenburg haben allein 600 Ruhrkinder fünf bis sechs Monate verpflegt. Dankbar erwähnen müssen wir die Hilfsbereitschaft ausländischer Arbeiterorganisationen. Die organisierten Arbeiter in Holland, Dänemark, Tschechoslowakei, Schweiz, Dänemark, Luxemburg und Österreich haben Kinder aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet aufgenommen, gut verpflegt und zum Teil eingekleidet.

Der letzte Winter mit seiner ungeheuren Arbeitslosigkeit machte eine ganz besondere Fürsorge notwendig. Die Arbeiterwohlfahrt beschaffte allorts bei Freunden Mittagsfreistunde für Kinder und alte Leute und brachte durch Sammlungen große Mittel auf, um in den Notstandfällen und durch Verteilung von Lebensmitteln, Wäsche und Kleidung den wirtschaftlich Bedrängten zu helfen.

Von größter Bedeutung ist die Schulungsarbeit. Die Helfer und Helferinnen werden in die sozialpolitische Gefesgebung eingeführt. Durch die Ergänzung von Theorie und Praxis hat die Arbeiterwohlfahrt das wirksamste Mittel gefunden, die Genossinnen mit ihren Pflichten als Staatsbürgerinnen vertraut zu machen. Aus vielen Orten wird mitgeteilt, daß es durch diese Arbeit möglich gewesen ist, die Genossinnen zu Stadtverordneten und Bürgerdeputierten heranzuziehen. Neben dieser staatsbürgerlichen Erziehungsarbeit, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, hat die Arbeiterwohlfahrt noch eine andere kulturelle Vorarbeit geleistet, die für die Arbeit der Kinderfreunde. Mütterliche Liebe war es, die die Kinder in Gruppen zusammenführte, um ihnen Licht, Luft und Sonne, Nahrung und Kleidung zu geben, ihre Gesundheit zu kräftigen. Erst auf Grund dieser Vorarbeiten können sich jetzt und zukünftig die pädagogischen Gedanken und Ziele der Kinderfreunde zur Tat entwickeln.

Die Maschine.

Tommys Brausen fällt den Raum: Räder drehen, Zähne greifen, Hebel schwingen — hier die Summe von hundert Bewegungen, fördert ein Produkt, das dienstbar dann, den Körper eines Menschen umschließen soll. Kostbares Gewebe! Durch deine Erfindung stimmst du die Seelen vieler anders. Welche Glätte, welchen Glanz, welch wunderbare Farbenpracht strahlt dein Gesicht und lächelt, fast willst du ein Geheimnis sein und trägst mit dir so hohen Stolz den Stolz auf deine Maschine, die dich erstehen ließ, so rastlos in dem Treiben, die dich zögerte als ein Wander ihrer Kräfte. Siehst du in deiner Erfindung die traurige Gestalt, die mühsam und forsoewoll bewacht und leidet die Gedanken deiner Maschine? Siehst du auch das ärmliche Kleid, das dieser anwandurchfurchte Mensch um seine Lenden trägt? Nein — in dem Taumel deines ersonnen Jurels, bist du dennoch nur ein totes Ding — ein Staunen von lüdnhaften Sonnen — ein loblos Angebilde, das vergeht und alles erst verliert, was jetzt begeistert und errent. Dein Wert er schwindet Tag für Tag und nutzlos schleudert dich des Schicksals Tude einmal zu

rück, dorthin, wo immer du im Glücke jubeln kannst, wo höchstens noch aus dir — das große Geheiß des Vergehens zu reden wagt. Wie aber könnte dich der Lärm deiner Maschine, das Knacken von hundert Hebeln, das Drehen von hundert Rädern, denken lassen, wie könntest du anders handeln in deinem Erscheinen, wo du ja doch nur verkörperst den Willen eines Menschen. Und deine Maschine? Sieh! dir sie an! Geformte, gehobene Stangen und Arme, Wellen und Hebel, gezähnte Räder, Exzenter und Schrauben — alles von Eisen — schwer und kalt. Jedes Teilchen verfolgt ein Ziel auf das es Minute für Minute lauert und kommt nun die Reihe danach zu hassen, da macht es den Lärm, der Ohr und Zinne beräubt, wenn Hunderte Dinge den gleichen Gedanken verfolgen; und alle dienen sie einem Ziele, dich kostbaren Freyen ohne Mafel aus ihren Armen zu werfen, damit du der Eigenschaften nicht einer entbehrst, wonach man so harmlos frägt.

Nun sieh dir den Diener deiner Maschine an, edel ein wollendes zartes Gewebe. In ihm da findest du taufendfach den Schmerz und die Not verankert. Er dient als ein Sklave und kann nicht sterben, weil noch ein zweites tiefes Schmerfinden in ihm so sichtbar nach Leben rivat. Er steht in dem Dienst der Maschine und beide zugleich erkennen dich. Ah! wenn er des Abends zur Stille bekehlet die Räder und Hebel, um freudvoll zu seinen Kindern zu eilen, da schwindet auf Aussehensbilde hira sein Nebenken. Seine umfängen sein trostloses Leben unzufrieden und Freude errentend. Oftmals wendet er sich von dem Glücke, um tief zu verbergen den hämmernden Schmerz, der sich in Tränen Erleichterung sucht. Und manchmal da denkt er an deine Maschine, die dennoch auch seine Maschine ist. Er müht und arbeit nach ihrer Bedeutung und wird sich erst klar, wenn böllie Ruhe um ihn ein Sorgen und Qualen so maßlos fördert. Da kommt nun ein Fragen, das ihn umföhrt und er sucht es zu denken, Was bin ich denn eigentlich meiner Maschine? Ein Hebel — ein einfacher, hinföhler Hebel, ein Rad — ein drehendes, schwingendes, hummendes Rad — ich Narr! der da dient und leidet im Willen anderer, die sie erbauen ließen, diese Maschine um mich zu töten auf grauante Weise. Das ist das Wert der Maschine? Nein! Nimmer und niemals! Sie hat in sich viel höheren Wert, nur wird er mißbraucht von ihren Herrschern, die michin auch meine Herrscher sind. Das irdische Los der Menschen zu lindern, dazu erschuf man Maschinen. Dazu, daß nimmer ich Tage und Nächte sige und schinde, mein eigenes Kleid zu erzeugen; dazu, daß für die Genüsse der Erde auch mir die Zeit ihre Hände reich. Das ist das Wesen, der große Sinn dieser treibenden Wellen und Räder.

Doch in dem Strome der stürmenden Zeit ist es ganz anders geworden. Prachtvolles Gewebe, du wirst es empfinden, bis du um jene Lenden dich legst, die eiserer Wahn nur erschweßt; dann werden die Augen dir wehe tun. Denn dort in jenem Geschlechte verankert, liegt aller Ruh, der die Freuden verlohrt. Die Freuden der Armen und Sehnsüchtigen. Jenem Geschlechte dienen Maschinen und jenem Geschlechte dienen auch wir. Es lebt nur von uns, und läßt sich treiben vom schändlichsten Eigennutz. Josef Seidel, Grulich.

Kleine Chronik.

Das kalte Licht.

Ein jeder weiß, daß unsere Glühbirnen nicht bloß Licht, sondern auch Wärme ausstrahlen. In unserer Zeit, deren Leitwort „Zweckmäßigkeit“ sein könnte, bedeutet diese Wärmeabstrahlung — soweit sie nicht zu medizinischen Zwecken verwendet wird — eine Verschwendung, eine Sünde gegen den Geist der Technik und der Wirtschaftlichkeit. Denn die Wärme, die von unseren Beleuchtungskörpern ausströmt, geht nicht bloß vollständig verloren, nein, sie bildet in vielen, ja den meisten Fällen, eine Verlastung, eine Unbequemlichkeit, eine Gefahr. Die Beleuchtungskörper eines Leuchtturms zum Beispiel erreichen jetzt oft eine Lichtstärke von 10.000 Kerzen. Aber die Wärmeabstrahlung dieser Körper ist so stark, daß sie jeden, der sich ihrem Wärmefeld nähert, buchstäblich verbrennen. Bei Kinoaufnahmen, zu denen man im allgemeinen Lampen von 2000 Kerzen verwendet, ist die erzeugte Wärme eine Qual und eine Gefahr für die Schauspieler. Wieviel Kraft und — Kapital nutzlos in Form von Wärme bei den elektrischen Lampen verschwendet wird, wird erst klar, wenn man erfährt, daß von 100 Watt, die in einer elektrischen Birne verbraucht werden, nur ein einziges in nützlichem Licht umgesetzt wird, während die übrigen 99 sich in ungebrauchte Wärme verwandeln.

Das „kalte Licht“, ein Licht ohne schädliche und teure Wärme, wäre also ein kolossaler Fortschritt in der ökonomischen Ausnutzung der Naturkräfte, man wäre imstande, 10, ja im besten Falle 90 Prozent der bisher zu Beleuchtungszwecken verbrauchten Energie zu ersparen. Nicht bloß die Södel unserer Stadtverwaltungen würden gelohnt, auch die Nutzlosen vieler Industrien würden mit dem Erfolg der Verbilligung ihrer Produkte herabgesetzt werden.

Abgesehen von den wirtschaftlichen Folgen der Erfindung des kalten Lichtes würden noch andere bedeutende Möglichkeiten zutage treten. Wenn es zum Beispiel möglich wäre, den menschlichen Körper einer sehr starken Lichtquelle, die keine Verbrennungen verursacht, zu nähern, könnte man ihn vollkommen durchleuchten. Er würde durchsichtig werden in noch vorteilhafterer Weise als durch das Röntgenlicht.

Gibt es ein solches wunderbares kaltes Licht? Der Franzose Dussaud hat seit zehn Jahren seine Arbeit und den größten Teil seines Vermögens der

Auffindung dieses Wunderlichtes geopfert. Vor drei Jahren machte er in der Akademie der Wissenschaften die erste Mitteilung über seine Versuche; vor einigen Wochen führte er einem kleinen Kreise seine, wie er glaubt, abgeschlossene Erfindung vor.

Wie erhält also Dussaud sein „kaltes Licht“? Er konstruiert eine rotierende Scheibe, auf die er eine Anzahl von Lampen montiert. Diese Scheibe steht mit dem elektrischen Strome derart in Verbindung, daß bei der Drehung nur immer eine einzige Lampe ins Glühen kommt. Wenn nun die Scheibe entsprechend schnell kreist, werden alle Lampen nacheinander aufleuchten, und wenn dies genügend schnell geschieht, wird das Auge den Eindruck des ununterbrochenen Brennens einer einzigen Lampe erhalten. Es ist etwa so, wie im Kino, wo die rasche Aufeinanderfolge einzelner Bilder den Eindruck der ununterbrochenen Handlung macht. Uebrigens werden ja unsere Glühlampen auch von Wechselströmen gespeist, bei denen etwa fünfzigmal in einer Sekunde der Strom praktisch ausgeschaltet ist. Dadurch nun, daß beim Dussaudschen Apparat der Durchgang des Stromes durch eine Lampe auf den sechsten, zwölften, vielleicht auch zwanzigsten Teil der gewöhnlichen Zeitdauer heruntergedrückt wird, wird wohl die Lichtbildung erreicht, aber die Wärmeabstrahlung verhindert. Es ist zu hoffen, daß die zehnjährige Arbeit Dussauds vollauf belohnt wird.

Deutsche Zitronen.

In den letzten Jahrzehnten hat sich nach der Zeitschrift Naturbuch in der sonnigen Vorderpfalz auch die Zitrone, und zwar eine japanische Art, heimisch gemacht. Eine im Jahre 1897 im Park des Herrn Buhl, Tödesheim, eingesetzte Pflanze wird an Größe von keiner anderen in der Umgebung erreicht und scheint das älteste Exemplar der Pfalz zu sein. Wegen ihrer herrlichen Blüte, ihrer weithin verwendbaren Frucht und ihrer Widerstandsfähigkeit gegen Hitze und Winterkälte verdiente diese Pflanze eine weitere Verbreitung. Die Kaiserliche Zitronenfrucht wurde in den letzten Jahren bei Herstellung von Kouselt und Saucen in gleichem Maße verwendbar gefunden wie ihre italienische Schwester. Das Pflanzliche Gut erntet jährlich bis 50 Kilo völlig ausgereifter Früchte und verwendet diese zur Bereitung von Limonaden. Als Einfassung gepflanzt gibt der dornenstarrende Strauch einen sicheren Schutzzaun gegen Diebe und Raubzug. Die japanische Zitrone ist hinsichtlich des Bodens ziemlich anspruchslos und läßt sich aus Samen leicht ziehen.

Photographie des Krebses im lebenden Körper.

Nach einem Bericht der „Umform“ soll es den Ärzten Dr. A. Kobareff und V. Wehl gelungen sein, Krebsgeschwülste im lebenden Körper zu photographieren; sie haben über ihre Forschungen der American Medical Association berichtet. Sie entnehmen zu diesem Zweck dem Körper eine kleine Blutmenge und gewinnen aus dieser das Serum. Diesem wird eine geringe Dosis Radiumemanation beigegeben und dann der Stoff dem Körper wieder einverleibt. Die Emanation häuft sich innerhalb des Körpers vor allem da an, wo sich roth wachsende Gewebe finden. Da bösarartige Geschwülste, wie der Krebs, sehr rasch wachsen, so sind sie Ansammlungsorte für die Emanation. Photographische Aufnahmen, die einige Zeit nach der Injektion gemacht werden, zeigen die Orte besonders starker Emanationshäufung und ermöglichen dadurch, die Lage krebsartiger Geschwülste im Körper zu bestimmen.

Die weitestgespannte Bogenbrücke aus Eisenbeton.

Die weitestgespannte Bogenbrücke aus Eisenbeton ist jene, die kürzlich bei St. Pierre-du-Bauvaux in der Nähe von Rouen fertiggestellt wurde. Sie überbrückt die Seine in einem einzigen Bogen von 131,8 Meter Spannweite bei 25 Meter Pfeilerhöhe und besteht aus zwei elliptisch geformten Bögen, an denen die Fahrbahn mit stableren, betonummüllten Hängestangen aufgehängt ist. Durch die Ellipsenform wird eine Minderung des Horizontalschubes erreicht. An den Hängestangen sind Querträger aus Eisenbetonschwellen befestigt, die erst die durch Eisenbetonplatten gebildete Fahrbahn tragen. Man bekommt einen Begriff von den gewaltigen Abmessungen, wenn man hört, daß der Bogenträger im Querschnitt einen Keil bildet, der an der schwächsten Stelle des Bogens — nämlich im Scheitel — 2,5 Meter breit und ebenso hoch ist, an den Auflagern aber bei gleicher Breite, sogar 4,1 Meter Höhe erreicht. In die Unterfläche dieses bogenförmigen Trägersystems werden die Hängestangen — die jede für sich wiederum aus je 40 Zentimeter dicken Stahlfestungen bestehen — durch Löcher eingeführt; im Innern des Trägersystems wird das Bündel Eisenstäbe dann kegelförmig auseinandergezogen und in Zementmörtel gebettet. Besondere Schwierigkeiten bereitete das Lehrgerüst, weil die Schiffsahrt nicht gestört werden sollte und weil bei der großen Spannweite mit starken Formänderungen zu rechnen war. Dem ersten Umstände wurde dadurch Rechnung getragen, daß man das ganze Gerüst auf nur vier in die Flußsohle gerammte Pfahlbündel stützte, von denen aus die Stützglieder sädersförmig nach oben geführt wurden. Wegen der Formänderung hat man davon abgesehen, das Lehrgerüst aus nur einander zu verbindenden hölzernen Trageisen zusammenzufügen und es statt dessen aus Brettern zusammengekehrt, etwa nach dem Vorbild der alten Hohlbohlen.

Das Ende der venetianischen Gondel.

Der Stadtrat von Venedig hat wenig Sinn für die romantischen Bedürfnisse der Fremden und er hat den Beschluß gefaßt, die unmoderne Gondel abguschaffen. Nach Ablauf der nächsten sechs Monate werden sie aus dem Stadtbild der „bella Venezia“ verschwinden und durch elektrische Boote ersetzt sein. Die Leichenzüge auf dem Wasser, die „Salatogondeln“, auf denen die Gefangenen transportiert wurden, die schlanken Rähne, in deren kleinen, verhängten Lauben Liebesleute eine schimmernde Mondnacht durchwachten — alles das wird nicht mehr sein. Das Murmeln der Wellen, die verstoßenen Rähne, der Ruf des Gondoliers, Lautenspiel und heimliches Gekicher sind verstummt. Statt ihrer rattert das Motorboot durch die venezianische Nacht...

Steier Tropfen höhlt auch den Niagara. Die grandiosen Niagarafälle laufen Gefahr, ihren Ruf als Sehenswürdigkeit der Welt zu verlieren. Diese Gefahr liegt in der zerstörenden Kraft der Wassermassen. Auch der festeste Stein vermag dieser Nierarbeit auf die Dauer nicht standzuhalten. Bedroht ist vor allem die kanadische Seite der Fälle, wo die Wassermassen durch die gewaltigen Felsen von Goat Island, die den berühmten Inselnfall bilden, in zwei Arme geteilt wird. Der das Hauptbild bildende Felsboden besteht hier aus verhältnismäßig weichem Gestein und schrumpft jedes Jahr um einhalb Meter ein, eine Erscheinung, die sichtlich eine Verminderung der Stärke des Gefälles zur Folge hat. Gleichzeitig wird durch die Ausbuchtung eines tieferen Flußbettes die Wasserfälle konzentriert. Diese Umstände sind geeignet, den großartigen Eindruck der Fälle zu vermindern. Da außerdem das Wasser die Neigung hat, sich nach links zu verchieben, ist nach Ansicht der Sachverständigen der Tag nicht mehr fern, an dem von den östlichen, auf amerikanischer Seite liegenden Fällen nichts mehr vorhanden sein wird. Die Schäden sind, wie man sieht, groß und verschiedener Natur; denn abgesehen von der ästhetischen Seite und der drohenden Schädigung des Touristenverkehrs bedingt die Kräfteveränderung der Fälle einen enormen Verlust an Energie, durch den vor allem die durch die Elektrizitätswerke der Fälle gespeisten Industriebetriebe in Mitleidenschaft gezogen werden.

Bereitet den „Sozialdemokrat“...

Bildungsarbeit.

Vor neuem Aufschwung.

Unsere Arbeiterbildungsausschüsse treten im Laufe dieser Wochen in allen Kreisen und Bezirken zu Beratungen über die sozialistische Schulung der Massen im zweiten Halbjahr 1924 zusammen. Am 6. und 7. September fand im Arbeiterheim zu Troppau unter der Leitung der Genossen Hans Jolli und Luitpold Stern ein Arbeiterbildungskurs statt, an dem im Auftrage von nicht weniger als 44 Organisationen, 60 Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen. Dargelegt wurden die Gesichtspunkte der Arbeiterbildung, ihre Gegenwärtigkeit gegenüber der Volksbildung, die Bedeutung der politischen und wirtschaftlichen Schulung für den Klassenkampf, die Notwendigkeit der Jugenderschulung. — Die rege Beteiligung an den Vorträgen bekundete Verständnis und stärkste Anteilnahme der Auszubehenden.

Die Brüder Genossen haben für die Monate Oktober bis Februar die Durchführung einer Vortragsreihe bedeutender Vertreter des Sozialismus vor. Unter dem gemeinsamen Programm „Das Weltbild des Sozialismus“ sprechen im Oktober Georg Engelbert Graf (Stuttgart) über Weltpolitik und Sozialismus, Wilhelm Ellenbogen über Sozialisierung in Gegenwart und Zukunft, im November Hans Kampffmeyer über die sozialistische Siedlung und George Karau über Wohnkultur der Zukunft, im Dezember Rudolf Goldscheid über Menschenökonomie, im Jänner Otto Felix Rahn über Kind und Sozialismus, Luitpold Stern über Persönlichkeit und Sozialismus, im Februar A. A. Wittfogel über das Proletariat und die Kultur der bürgerlichen Gesellschaft. Die Durchführung eines solchen eigenartigen Zyklus erfolgt damit auf jüdisch-österreichischem Boden zum ersten Male.

Der Teplitzer Kreis war es, der bekanntlich im Vorjahr die Anregung der Bildungszentrale zur Einführung sozialistischer Sonntagschulen zuerst und mit vorbildlichen Erfolgen ausgriff. Auch in diesem Jahre werden Sonntagschulen zur Durchführung gebracht. Der Lehrplan des zweiten Jahres umfaßt: Tschechoslowakische Geschichte und Verfassung, die Darlegung des Staatshaushaltes, die Einführung in das Wesen und die Ziele der Parteien in der Tschechoslowakei. Es wurde beschlossen, an folgenden Standorten in den Monaten Oktober und November Sonntagschulen in der Dauer von je vier Halbfesttagen zu veranstalten: Billin, Brüz, Duz, Görlau, Komotau, Oberleutensdorf, Postelberg, Saaz, Teplitz, Weipert.

Die Lichtbildabteilung unserer Bildungszentrale umfaßt derzeit über 100 Serien und leistet zur Schulung der Erwachsenen, wie zur Erziehung unserer Arbeiterkinder bereits wertvolle, in den entlegenen Gebieten fast unerföhlliche geistige Hilfe. Die Bildungszentrale kann in diesem Jahre auf Grund ihrer vorzüglichen Tätigkeit bereits einen neuen Weg zur planvolleren Versorgung unserer Bildungsausschüsse mit sinnvoll aneinander gereihten Lichtbildvorträgen durch die Einführung eines Lichtbildabonnements beschreiten. Es haben sich schon jetzt 23 Bezirksbildungsausschüsse als regelmäßige Abnehmer unserer Lichtbildserien (je zwei Lichtbildvorträge allmonatlich während zehn Monaten im Jahre gegen Entgelt von 100 K) gemeldet, so daß 400 Lichtbildvermittlungen an Bezirke vorgeplant sind.

Der rastlose, allen wirtschaftlichen und politischen Krisen trotzende Bildungseifer des subetendeutschen Proletariates lenkt langsam die Aufmerksamkeit der Bruderparteien des Auslandes auf sich. Die letzte Nummer der Wiener „Bildungsarbeit“ enthält eine Reihe von Aufsätzen über unser Bildungswesen. Der Leitartikel (von Richard Deutsch, Prag) beschäftigt sich mit dem „Haus der Arbeit“, das als Musterbeispiel einer proletarischen Ausgestaltung gewertet, als revolutionäre Tat bezeichnet wird. Genosse Hans Honhiser (Wien) erhebt die Forderung nach einer Bildungsreform. Emil Strauß (Prag) bespricht die gesellschaftsbedeutende der Sammlung sozialistischer Dokumente. In anderen Aufsätzen wird auf das Wesen der Arbeiterbildungskurse hingewiesen, wie sie Genosse Stern abhält, auf die Not-

wendigkeit gewerkschaftlicher Jugendschulen (Karl Schmidt, Turn-Teplitz) und endlich auf die bedeutenden Leistungen der deutschen Bergarbeiterchaft in der Tschechoslowakischen Republik auf dem Gebiete der Bildungsarbeit.

Kunst und Wissen.

Karel Schönberg, der Führer der Wiener Neutöner, feiert am 18. September seinen fünfzigsten Geburtstag. Die zu Anfang dieses Jahrhunderts einsetzende umstürzlerische Bewegung in der Musik, die nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen Kulturverehenden Ländern der Erde Blaufgriff, und als deren Ziel die Verleugung des Gesetzmäßigen und die Aufhebung der strengen Ordnung der Klänge galt, fand in Schönberg einen der überzeugendsten und markantesten Vertreter, der heute selbst von seinen zahlreichen Schülern als überragende Erscheinung im modernen Musikleben anerkannt wird. Das deutsche Prag hatte wiederholt Gelegenheit, die schöpferisch neuartige und wirklich originale Tonkunst Schönbergs kennen zu lernen. Erst vor wenigen Jahren gelangten seine gewaltigen „Gurre“-Vieder im Neuen Deutschen Theater zur Aufführung, unter dem Kommerzinstitutwerk des Meisters waren es vor allem seine heikunstrittenen „Pierrot-Lunaire“-Melodramen, die auch hier die Gemüter aufreizten, und erst im heurigen Frühjahr fand im Rahmen des Prager internationalen Musikfestes im Neuen Deutschen Theater die musikalisch höchst bewundernswürdige Uraufführung seines seit 15 Jahren als un-aufführbar bezeichneten Monodramas „Erwartung“ statt. Sein musikalisches Evangelium hat Schönberg in einer beachtenswerten „Harmonielehre“ niedergelegt. Verwandtschaftliche Beziehungen verknüpfen den Tonbildner in Prag als mit anderen Musikzentren: Seine Frau erster Ehe war eine Schwester des Prager deutschen Opernschöpfes Alexander Zemlinský. Um die Herausgabe der Schönberg'schen Werke hat sich vor allem die Wiener Universitätsbibliothek unerschütterliche Verdienste erworben. —ek.

Wagners „Lohengrin“ in teilweise neuer Besetzung ging am Donnerstag im Neuen Deutschen Theater in Szene. Dieser Opernabend war ein Musterbeispiel der Bagatelisierung der durch Jahrzehnte geheiligten Prager Wagnertradition. Die musikalische Leitung des Wertes nämlich, die früher ausschließlich dem ersten Kapellmeister vorbehalten war, ist glücklich aus den Händen des Opernschöpfes und seines ersten Kapellmeisters an den zweiten Kapellmeister Ullmann übergegangen. Es sei aber rühmend anerkannt, daß sich dieser strebsame Dirigent seiner Aufgabe mit ebenso viel Lichtigkeit wie Liebe zur Sache entledigte und wieder einmal eine „Lohengrin“-Aufführung zustande brachte, deren man sich nicht zu schämen brauchte. Das Vergehen einzelner Ensemblemitglieder mangels entsprechender Proben nicht auf sein Schuldkonto zu setzen. Die Esstanz zum erstenmal Frau Reich Dörich; darstellerisch und im Ausdruck mit bemerkenswerter Routine, gefanglich noch im Forte überzeugend als im Piano und Mezzavocce und mit einem übermäßigen Range zum Tremolieren. Auch die Rolle der Ortrud war neu besetzt, und zwar mit Frau Ida Schwarz, einer neuengagierten glänzenden Altistin, deren musikalische Sicherheit, darstellerische Intelligenz und blühend schöne Stimmittel vielversprechend für unsere kommende Opernsaison sind. Verlangt hat Herr Hermann als König Heinrich und die Regie, deren Fehler und Unterlassungen aufzuzeichnen eine ganze Abhandlung erfordern würde. —ek.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute „Das Glöcklein des Eremiten“; Sonntag nachmittags „Tosca“, abends Premiere „Das Weib im Purpur“ mit Louis Jling und Else Lord-Reisner.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Premiere „Ein Fehltritt“; Sonntag nachmittags „Der Sprung in die Ehe“, abends „Ein Fehltritt“.

Literatur.

Walt-Bücherei (Der Walt-Verlag, Berlin). Von der sehr hübsch ausgestatteten und wohlfeilen (ein Bändchen kostet 75 G.-Pf.) Walt-Bücherei liegen uns zwei Bändchen vor. Das eine „Stimmen der Völker zum Krieg“ ist eine Sammlung literarischer Dokumente des Friedenswillens der Völker, die Eugen Leviné während des Krieges noch veranstaltet hat. Dem revolutionären Pazifisten Leviné ist es gelungen, den Haß gegen Völkermord und Blutvergießen schon bei den ältesten Kulturvölkern nachzuweisen. Er zeigt auch für die weitere Geschichte des Altertums und des Abendlandes, daß immer nur einzelne Länder oder Rassen den Krieg wollten, daß die Masse des Volkes zwar oft kriegerische Tugenden, nie aber den Krieg in seiner Bestialität liebte und schänte. Leider bleibt auch nach dieser originellen Zusammenstellung die traurige Erfahrung als Tatsache bestehen, daß häufig ganze Nationen wie im Rausche der Kriegsbegeisterung verfallen und die unterdrückten Klassen den Interessen ihrer Unterdrücker mit ihrem Blute dienen. — Walter Mehring hat „Französische Revolutionslieder“ aus der Zeit der Pariser Kommune herausgegeben und überreicht. Die politischen Chansons haben Böttcher, den berühmten Dichter der „Internationale“, und J. B. Clément zu Verfassern. Sie geben Einblick in die Seele des französischen Proletariats und sind eine notwendige und verdienstvolle Ergänzung unserer Kenntnis der französischen Literatur, die vielfach nur eine Kenntnis der Literatur der französischen Bourgeoisie war. Einzelne der kraftvollen Kampflieder klingen wie aus der Not unserer Tage gezeugt, so das folgende (Clément):

Wir sind entlassen!
Neh! ik's so weit,
Liebe Leut,
Wir ziehn auf die Banken! Revolieren die Kassen!
Wenn man mal keine Arbeit hat,
Dann kann man durch die ganze Stadt
Wie ein entsprungener Sträfling humpeln,
Kein Wissen Brot! Kein Tropfen Bier!
Und unsere Wagenwände trommeln
an jeder Bäckertür.

Am wenigsten gelungen scheint die Uebersetzung der „Internationale“ von Sigmund Wehring. F.

Turnen und Sport.

Kreisfußballtag des 5. Kreises. Sonntag, den 28. September 1924, vormittag um 9 Uhr, in Teplich im Gasthaus zum Engelbert (Hofenkron), Markt-Platz, ganzjähriger Kreisfußballtag. Anträge sind bis 21. September an Turngenossen Keller Sfidor in Billin zu senden. Auf 15. Spieler entfällt je ein Delegierter. Bruchteile gelten als voll.

Aus der Partei.

Die sozialdemokratische Bezirksorganisation Reichenberg zu den Vorkämpfen in der Reichenberger Arbeiterbäckerei.

Die vom bolschewistischen „Vorwärts“ und den gewissenlosen Revolutionsaposteln aus der Reichenberger Karlsstraße inszenierte unverantwortliche Hege gegen die Reichenberger Arbeiterbäckerei wegen der Entlassung des Schlossers Heinrich Lorenz und des Expedienten Jindra veranlaßte die sozialdemokratische Bezirksorganisation in Reichenberg, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. In der am 4. d. abgehaltenen und mit Ausnahme eines Ortes von den Delegierten sämtlicher Lokalorganisationen des Bezirkes besetzten Bezirkskonferenz wurde hierüber von dem Geschäftsführer der Bäckerei, dem Gen. Weinhöld ein ausführlicher Bericht erstattet, und die Ursachen und die Notwendigkeit der durchgeführten Entlassung des Lorenz — der Expedient Jindra wird über Entschaid der Schiedskommission Reichenberg im Betrieb als Bäcker weiter beschäftigt — den Anwesenden dargelegt. Aus dem Berichte des Gen. Weinhöld ging überzeugend hervor, daß die Bäckereileitung mit Rücksicht auf die Interessen des Unternehmens nicht anders handeln konnte und daß die Behauptung der Kommunisten, die Entlassung des Lorenz sei aus parteipolitischen Gründen und aus Geschäftigkeit gegen die Kommunisten erfolgt, jeder Begründung entbehrt. Diese Behauptung der Kommunisten fällt auf diese jurid, da erwiesenermaßen sie es sind, die dort, wo sie in Arbeiterunternehmungen die Herrschaft ausüben, rücksichtslos solche Arbeiter und Angestellte entlassen, die nicht bedingungslos die bolschewistischen Parteidoctrinen anerkennen. Das Vorgehen der Kommunisten gegen die Arbeiterbäckerei wurde in der Debatte von allen Rednern in der schärfsten Form verurteilt. Die Konferenz beschloß am Ende ihrer Beratungen eine Resolution, in der es u. a. heißt:

Die Konferenz stellt fest, daß die Schwierigkeiten in der Reichenberger Arbeiterbäckerei auf das Verschulden der kommunistischen Partei zurückzuführen sind, welche durch wiederholte Verbreitung unwahrer Gerüchte, durch gehässige Angriffe in der Presse und schließlich durch eine ziemlich unverhüllt geführte Boykottaktion das Bäckerei-Unternehmen geschädigt hat. Wenn hierdurch eine Verringerung des Absatzes eintrat, welche wieder eine Verringerung der Produktion zur Folge hatte, und damit auch bedauerlicherweise eine Reduzierung des Personals notwendig machte, so ist dies alles nicht die Schuld der Bäckereileitung, sondern einzig der kom-

munistischen Partei, welche ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Grundsätze in ihrer feindseligen Haltung gegen dieses Arbeiterunternehmen lediglich von parteipolitischen Gründen sich leiten ließ. Es ist tief bedauerlich, daß bei den nunmehr unvermeidlich gewordenen Entlassungen infolge der notwendig gewordenen Betriebsreduktion die kommunistischen Bäckereiarbeiter für die Schuld der kommunistischen Parteiführer büßen müssen.

Bezüglich der Entlassung des Schlossers Heinrich Lorenz steht die Konferenz auf dem Standpunkt, daß diese Angelegenheit durch den Spruch der Schiedskommission erledigt ist. Die Schiedskommission hat anerkannt, daß für diese Entlassung nicht politische, sondern bloß wirtschaftliche Gründe, nämlich die Unrentabilität der Bäckerei, maßgebend waren. Wenn die kommunistische Presse darauf hinweist, daß Lorenz Vizebürgermeister ist, so kann daraus nicht gefolgert werden, daß er das Privileg hätte, obgleich er überflüssig ist, weiter beschäftigt zu werden. Im Gegenteil muß berücksichtigt werden, daß er seinen Gehalt als Vizebürgermeister weiter bezieht und ihn somit die Arbeitslosigkeit zumindest nicht so hart trifft, wie irgendeinen anderen Arbeitslosen.

Sinsichtlich des Falles Jindra steht die Konferenz gleichfalls auf dem Standpunkt, daß der Spruch der Schiedskommission durchzuführen, d. h. Jindra als Bäcker zu beschäftigen ist. Allerdings muß Herrn Jindra bewußt sein, daß hierdurch irgendein anderer Bäcker überzählig wird und es muß seinem proletarischem Empfinden und Ehrgefühl überlassen bleiben, ob er diese Lösung annimmt.

Die Konferenz spricht dem Vorstand und Aufsichtsrat der Arbeiterbäckerei ihr vollstes Vertrauen aus und fordert alle Lokalorganisationen auf, die Werbearbeit für die Arbeiterbäckerei mit verstärkter Kraft aufzunehmen, um der Boykottaktion der Kommunisten energisch entgegenzuwirken.

- Kaispende-Abrechnung (zweiter Ausweis).** Bezirksorganisation (Schlußanrechnung K 65.—, Landskron K 70.—, Komotau K 1050.—, Lundenburg K 141.00, Haida K 170.—, Elbogen K 652.05, Bilsen 90.—, Rauden K 162.—, Sternberg K 514.—, Neudorf K 353.00, Jägerndorf K 625.—, Reichenberg K 1000.—, Ertobitz K 15.50, Wildstein 56.—, Wilschadt K 72.—, Saaz K 600.—, Leitmeritz K 50.—, Karlsbad K 1172.—, Neubistritz K 96.—, Teplitz K 328.—, Böhm.-Ramanitz K 67.05.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak, Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnert, Druck: Deutsche Zeitungs- u. G. Prag, Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

Die Teuerung.

Obzwar seit längerer Zeit verschiedene Rohwaren zu erhöhten Preisen eingekauft werden, bleibt das Konfektionshaus S. Stránský, Prag II., Dybernštá ul., doch seinem alten Grundsatz: **solid und billig** treu und gibt bekannt, daß es seine **Erzeugnisse bisher nicht verteuert hat** und diese trotz der steigenden Tendenz der Preise der Rohwaren auch in Zukunft nicht erhöhen wird. Dasselbe gilt auch für das Lager in Herrenmoderwaren. Das Konfektionshaus S. Stránský will der steigenden Teuerung durch Einschränkung des Verdienstes auf das kleinste Maß entgegenzutreten und so jedem die Möglichkeit geben, sich auch bei kleinen Einnahmen gut und billig zu kleiden.

Leitfaden zur Religionsgeschichte der Menschheit
Von Gustav Lehmann, Prediger in Wiesbaden
(Für Jugendunterricht und zu Selbstbildungsarbeiten)
Preis 4 Kronen
Große Auswahl anderer erstklassiger u. erbaulicher Schriften für neues Menschengut (Kriegs- u. Friedenszeiten)
Volksbuchhandlung
Teplitz-Schönau
Theatergasse Nr. 18-20



Ceres
Speisefett unbegrenzt haltbar
billiger als Schweinefett.

Besteht und besteht die IX. Internationale Prager Herbstmesse vom 21.-28. September 1924.
Die größten in- und ausländischen Firmen als Aussteller.
Hochpreisermäßigung, überaus billige Unterhaltung, Weltweitberühmte, hochinteressante, Sonderausstellungen, Legationshandlungen, 24 Stunden bei Hauptverrichtungen der 61. Republik und beim Mechanismus in Prag I., nördlicher Rathaus.
Besichtigt Prag, eine der schönsten Städte der Welt.
Eigene Hotel-, Wau- und Wädelmesse, Wald- und Jagdmesse sowie Automobilausstellung, besondere Ausstellungen des Bestandes der 61. Städte.
X. Prager Frühjahrsmesse vom 22.-29. März 1925.

Kuh & Kretsch
Erzeugung von alkoholfreien Fruchtporion 1488
Teplitz-Schönau

Kalla's Fischkonserven
werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall **bevorzugt.**
Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** In allen Konsumvereinen erhältlich.

Inserieren Sie im Sozialdemokrat!